

Fragenkatalog zur Kommunalwahl 2025

Antworten von

SPD Bielefeld.....	2
FDP Bielefeld	7
GRÜNE Bielefeld	10
SPD Gütersloh	16
GRÜNE Gütersloh.....	21
FDP Gütersloh.....	28
SPD Paderborn	31
CDU Paderborn	37
FDP Paderborn.....	47

Die LINKE Paderborn	56
Volt Paderborn.....	61
AfD Paderborn	64
SPD Detmold	69
FDP Detmold.....	81
GRÜNE Detmold.....	82
Die LINKE Detmold	89
Die PARTEI Detmold	99

Thema	Nr.	Frage	SPD Bielefeld
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass schon länger bestehendes Baurecht auch tatsächlich genutzt wird (Baugebot). Dazu wollen wir die Grundsteuer C auf unbebaute Grundstücke mit geltendem Bebauungsplan einführen – damit sich Spekulation auf Kosten der Wohnungssuchenden nicht lohnt. Sollte dem Baugebot trotz Leerstandsabgabe nicht Folge geleistet werden, sollte nach einem formellen Anhörungsverfahren ein Enteignungsverfahren seitens der Stadt geprüft bzw. eingeleitet werden. Darüber hinaus setzen wir auch auf die Zusammenarbeit mit dem Verbraucherschutz und dem Mieterbund, um Beschwerden schneller und effizienter nachzugehen.
Milieuschutzsatzung und Vorkaufsrecht	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Zu diesem Instrument haben wir uns im Rahmen unseres Wahlprogramms nicht explizit positioniert. Grundsätzlich setzen wir uns aber für einen sozialen Wohnungsmarkt in Bielefeld ein, der langfristig bezahlbaren Wohnraum sichert und bestehende Nachbarschaften stärkt. Unser Fokus liegt dabei auf dem Ausbau öffentlich geförderter Wohnungen, der Zusammenarbeit mit gemeinwohlorientierten Trägern und einer aktiven Rolle der Stadt beim Wohnungsbau. Maßnahmen, die helfen, soziale Strukturen in den Stadtteilen zu erhalten, stehen dabei für uns im Mittelpunkt.
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Der Erhalt und insbesondere der Neubau von Sozialwohnungen ist ein zentrales Ziel in unserem Wahlprogramm. In den kommenden fünf Jahren wollen wir mehrere tausend neue Wohneinheiten schaffen – trotz schwieriger Lage in der Bauwirtschaft – von denen mindestens ein Drittel öffentlich gefördert sein soll. Eine Erhöhung auf 50 % werden wir anstreben. Dafür setzen wir auf unsere kommunale Wohnungsbaugesellschaft BGW sowie auf genossenschaftliche und andere gemeinwohlorientierte Partner. Wir wollen außerdem Bauanträge beschleunigen, unsere Baulandstrategie weiterführen und die Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern.

Thema	Nr.	Frage	SPD Bielefeld
Umgang mit Konversionsflächen	4	Unterstützen Sie die geplante Konversion der Flächen der ehemaligen Rochdale- und Catterick-Barracks oder sollen diese Flächen ganz oder teilweise einer militärischen Nutzung zur Verfügung gestellt werden?	Wir unterstützen die Konversion der Rochdale- und Catterick-Flächen ausdrücklich. Wir haben dafür gesorgt, dass die ehemalige Rochdale-Kaserne noch in diesem Jahr vollständig an die Stadt Bielefeld zurückgegeben wird. Unser Ziel ist es, dort neue, sozial durchmischte Wohnquartiere mit guter Anbindung und wohnortnaher Infrastruktur entstehen zu lassen und das gemeinsam mit allen Akteuren vor Ort. Für Rochdale liegt bereits ein städtebaulicher Entwurf vor, auf dessen Grundlage ein Bebauungsplan entwickelt werden soll. Für Catterick wollen wir unmittelbar nach Übergabe der Flächen an die Stadt mit der Planung beginnen. Eine erneute militärische Nutzung lehnen wir ab.
Kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	5	Sind Sie bereit, den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	In unserem Wahlprogramm bekennen wir uns ausdrücklich zur Stärkung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Wir wollen eng mit der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (BGW) und weiteren gemeinwohlorientierten Trägern zusammenarbeiten, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dabei ist es uns wichtig, dass langfristige soziale Bindungen gesichert und neue Quartiere sozial durchmischt entwickelt werden. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass öffentliche Mittel vorrangig an solche Bauherren vergeben werden, die auch nach Ablauf der öffentlichen Bindungen auf gewinnorientierte Mieterhöhungen verzichten.
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	6	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	In unserem Wahlprogramm betonen wir die Bedeutung einer aktiven städtischen Bodenpolitik. Wir wollen die Entwicklung neuer Wohngebiete gezielt vorantreiben und dabei unsere bewährte Baulandstrategie fortsetzen. Ziel ist es, verfügbare Flächen frühzeitig zu sichern und städtische Grundstücke gezielt für bezahlbaren und öffentlich geförderten Wohnraum bereitzustellen. So schaffen wir die Voraussetzungen, um mehr Wohnungen zu bauen und den Wohnungsmarkt langfristig zu entlasten.

Thema	Nr.	Frage	SPD Bielefeld
Kommunale Bodenpolitik – Konzeptvergabe und Bodenfonds	7	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit dem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaurechts erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	In unserem Wahlprogramm haben wir uns nicht ausdrücklich zu Konzeptvergaben oder einem kommunalen Bodenfonds geäußert. Dennoch können wir dem Ansatz, städtische Grundstücke nicht einfach nach Höchstpreis zu vergeben, sondern gemeinwohlorientiert zu nutzen, grundsätzlich etwas abgewinnen. Bereits heute werden städtische Flächen in Bielefeld teilweise im Erbbaurecht vergeben. Wir unterstützen Maßnahmen, die der Stadt langfristige Steuerungsmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt sichern und sozial orientierte Bauprojekte fördern.
Flächenverbrauch – Geschosswohnungsbau oder Einfamilienhäuser	8	Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln?	Grundsätzlich lautet unser Leitbild: Lieber in bestehenden Wohnvierteln Baulücken nutzen als am Stadtrand bauen. Deshalb wollen wir Bestandsgebäude und Dachgeschosse aufstocken, Aufstockungen und Nachverdichtungen baurechtlich vorbereiten und uns dafür einsetzen, dass durch zusätzliche Geschosse über Supermärkten neue Wohnungen entstehen. Auch die Veränderung von leer stehenden Bürogebäuden in Wohnungen wird vorangetrieben. Um den hohen Bedarf an Wohnungen zu decken, werden wir Baurecht auf neuem Bauland schaffen. Wir dürfen mit unseren begrenzten Flächen nicht verschwenderisch umgehen. Deshalb wollen wir vorrangig modernen Geschosswohnungsbau ermöglichen - insbesondere mit Blick auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Familien, Menschen mit Behinderung, Senior*innen, Auszubildenden und Studierenden und unterstützungsbedürftigen Gruppen, damit diese ausdrücklich in neue Bauungspläne einbezogen werden. Eine Mischung aus Einfamilien- und Reihenhäusern und mehrgeschossigen Häusern sorgt für eine gute soziale Zusammensetzung in den neuen Wohnvierteln.

Thema	Nr.	Frage	SPD Bielefeld
Energiearmut von Mieterhaushalten	9	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Wir wollen, dass unsere städtische Tochter Bielefelder Gesellschaft für Wohnen (BGW) sich beim Neubau von bezahlbarem Wohnraum stärker engagiert und energetische Sanierungen weiterhin mit möglichst geringen, sozial abgefederten Mietsteigerungen verbindet. Serielles Bauen ermöglicht dabei die Reduzierung der Baukosten und reduziert zudem die Planungszeiten. Die Bauberatung als Dienstleister unterstützt Informationen zu Förderprogrammen. Zusätzlich bauen wir, mithilfe der Stadtwerke, die Energienetze in Bielefeld aus, um die Energieversorgung für die Zukunft abzusichern und Verbraucher*innen günstige Energie zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass Menschen mit geringem Einkommen verstärkt über die Möglichkeit des Bezuges von Wohngeld beraten werden.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	10	Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Zu diesem Thema haben wir uns im Rahmen unseres Wahlprogramms nicht explizit positioniert. Grundsätzlich ist für uns jedoch klar: Energie muss bezahlbar und fair sein. Gerade bei monopolartigen Strukturen wie in der Fernwärmeversorgung braucht es Transparenz bei Preisen und Zusammensetzung der Kosten. Wir unterstützen daher Überlegungen, wie kommunale Einflussmöglichkeiten gestärkt werden können, um Verbraucherinnen und Verbraucher besser zu schützen.
Wohnen für ältere Menschen	11	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Wir wollen das erfolgreiche Bielefelder Modell weiterentwickeln, das Wohnen, Pflege und Quartiersarbeit kombiniert. In unserem Wahlprogramm haben wir festgehalten, dass wir den Bau barrierefreier Wohnungen fördern und neue Formen des altersgerechten Wohnens mit der BGW und anderen Partnern entwickeln wollen. Außerdem sollen Wohncafés, Spaziertreffs und ehrenamtliche Unterstützungsangebote gestärkt werden, damit ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem Quartier leben können. Beratungsangebote nicht nur für ältere Menschen, sondern auch für die Wohnungswirtschaft, sollen dafür sorgen, dass die bestehenden Wohnungen effizienter genutzt werden. Klar ist aber auch: Die Haushaltslage in Bielefeld ist angespannt und wir müssen verschiedene soziale Maßnahmen finanzieren.

Fragenkatalog zur Kommunalwahl 2025

Thema	Nr.	Frage	SPD Bielefeld
Wohnen für junge Menschen (Azubis und Studierende)	12	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	In unserem Wahlprogramm betonen wir, dass junge Menschen bezahlbaren Wohnraum brauchen – und dass Bielefeld dafür mehr Angebote schaffen muss. Besonders für Auszubildende wollen wir gezielt neue Wohnformen entwickeln und das Azubi-Wohnen stärken. Auch für Studierende sehen wir Handlungsbedarf: Wohnraum darf nicht zum Ausschlusskriterium für ein Studium in Bielefeld werden. Unser Ziel ist es, Bielefeld für junge Menschen als Wohn- und Ausbildungsort attraktiv zu gestalten und soziale Teilhabe zu ermöglichen.
Wohnen für kinderreiche Familien	13	Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Klar ist aber: Familienfreundliches Wohnen ist für uns ein zentrales Anliegen. Wir wollen neue Quartiere so gestalten, dass sie nicht nur bezahlbaren Wohnraum bieten, sondern auch eine gute soziale Infrastruktur – mit Kitas, Schulen, Spielplätzen und guter Anbindung. So schaffen wir Bedingungen, unter denen auch Familien mit mehreren Kindern gut leben können. Ziel ist es, lebenswerte und durchmischte Stadtteile zu fördern, in denen alle Generationen Platz finden. Außerdem wollen wir den „Masterplan Wohnen“ neu aufleben lassen. Durch die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern, werden wir bezahlbare Wohnangebote für alle schaffen.

Fragenkatalog zur Kommunalwahl 2025

Thema	Nr.	Frage	FDP Bielefeld
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Das Bauamt ist – wenn sich die Verwahrlosung von Wohnsiedlungen als besonderes Problem darstellt – hierauf anzusprechen und es wären Instrumente zu entwickeln, um dem wirksam entgegenzuwirken.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Die Ausübung von Vorkaufsrechten kann ein sinnvolles Instrument sein.
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Die Quote von 33 % geförderter Wohnungsbau in neuen Baugebieten tragen wir als FDP mit.
Umgang mit Konversionsflächen	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Die Stadt plant, diese Flächen als Wohnbauflächen mit nicht störendem Gewerbe zu entwickeln. Das ist sinnvoll.
Kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Die Baulandstrategie in Bielefeld ist ein Instrument der Verhinderung von Wohnungsbau. Hierdurch wird ein Mangel erzeugt, der Mieten und Kaufpreise in die Höhe treibt. Wir wollen sie abschaffen.
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Ja. Erbbau kann ein sinnvolles Instrument sein.

Fragenkatalog zur Kommunalwahl 2025

Thema	Nr.	Frage	FDP Bielefeld
Kommunale Bodenpolitik – Konzeptvergabe und Bodenfonds	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Gleichrangig.
Flächenverbrauch – Geschosswohnungsbau oder Einfamilienhäuser	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Mit dem Bürgergeld besteht bereits Unterstützung
Energiearmut von Mieterhaushalten	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Es ist richtig, eine Preiskontrolle zu installieren, soweit eine Monopolstellung besteht.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	10	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Frage 10 bis 13: Wohnungsmangel besteht für alle Alters- und Einkommensgruppen. In Bielefeld gibt es ein Defizit von rund 6.000 Wohnungen. Engpässe sind fehlende Wohnbauflächen und schleppende Genehmigungsverfahren. Der Flächenmangel ist politisch provoziert durch rot-rot-grün. Diese Politik ist zu beenden. Insbesondere ist auf private Investitionen zu setzen. Dies ist unabhängig von der kommunalen Haushaltssituation möglich.

Fragenkatalog zur Kommunalwahl 2025

Thema	Nr.	Frage	FDP Bielefeld
Wohnen für ältere Menschen	11	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Frage 10 bis 13: Wohnungsmangel besteht für alle Alters- und Einkommensgruppen. In Bielefeld gibt es ein Defizit von rund 6.000 Wohnungen. Engpässe sind fehlende Wohnbauflächen und schleppende Genehmigungsverfahren. Der Flächenmangel ist politisch provoziert durch rot-rot-grün. Diese Politik ist zu beenden. Insbesondere ist auf private Investitionen zu setzen. Dies ist unabhängig von der kommunalen Haushaltssituation möglich.
Wohnen für junge Menschen	12	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	
Wohnen für kinderreiche Familien	13	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Bielefeld
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Wir wollen sicherstellen, dass die Stadt Hinweise auf verwahrloste Wohnverhältnisse frühzeitig und zuverlässig erhält. Dafür sollen z. B. Mitarbeitende im Sozialamt oder Jobcenter gezielt geschult werden, um entsprechende Beobachtungen weiterzugeben. So können Probleme systematisch erfasst und durch die Wohnungsaufsicht wirksam bearbeitet werden.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Auf Bielefelder Ebene haben wir die Ausweisung von Milieuschutzgebieten von der Verwaltung prüfen lassen, die jedoch keine geeigneten Gebiete in Bielefeld dafür sieht (https://www.gruene-bielefeld.de/soziale-erhaltungssatzung/ , https://anwendungen.bielefeld.de/bi/sio057.asp?__ksinr=8044&toselect=253890). Deshalb ist aus unserer heutigen Sicht die Milieuschutzsatzung für Bielefeld nicht anwendbar. Wir Grüne setzen uns auf Bundesebene für (stärkere) kommunale Vorkaufsrechte in Gebieten mit Erhaltungssatzungen wie Milieuschutzsatzungen ein (https://www.gruene-bundestag.de/unsere-politik/fachtexte/mieterinnen-schuetzen-preisspirale-bei-mieten-stoppen/).
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Den Bestand an Sozialwohnungen wollen wir mindestens erhalten, was uns in den vergangenen Jahren im Gegensatz zu vielen anderen Städten auch gelungen ist. Ein Instrument dafür ist unsere Vorgabe von 33% öffentlich geförderten Wohnungen für Neubaugebiete, die bereits umgesetzt wird und die wir erhalten wollen. Zusätzlich befürworten wir, dass die BGW diese Quote für Ihre Bauvorhaben weiterhin bei 50% hält. Auch für die Verlängerung und den Ankauf von Belegungsbindungen für Sozialwohnungen und setzen wir uns bei der BGW und darüber hinaus ein, zudem möchten wir die Fördermöglichkeiten des Landes hierfür bekannter machen (https://anwendungen.bielefeld.de/bi/too050.asp?__ktonr=254525).

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Bielefeld
Umgang mit Konversionsflächen	4	Unterstützen Sie die geplante Konversion der Flächen der ehemaligen Rochdale- und Catterick-Barracks oder sollen diese Flächen ganz oder teilweise einer militärischen Nutzung zur Verfügung gestellt werden.	Die ehemaligen Kasernenflächen wollen wir an die BGW und Wohnungsbau-genossenschaften vergeben, um dort für langfristig bezahlbare Mieten zu sorgen.
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	5	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Die mögliche bevorzugte Vergabe von Grundstücken an den genossenschaftlichen Wohnungssektor ist im Rahmen der Bielefelder Baulandstrategie (https://anwendungen.bielefeld.de/bi/tooo50.asp?__ktonr=201328) festgeschrieben worden. Generell befürworten wir den genossenschaftlichen Wohnungsbau und möchten wie beim Wohnbauprojekt auf dem Schildescher Marktplatz (https://www.westfalen-blatt.de/owl/bielefeld/marktplatz-schildesche-bauprojekt-wohnungen-freie-scholle-bethel-beckhausstrasse-bielefeld-3269732?pid=true&ueg=default) das genossenschaftliche Wohnen weiter ausbauen. Dies kann durch bevorzugte Vergabe geschehen, was bedeutet, dass Grundstücke nicht nach dem Höchstpreis und damit vergünstigt vergeben werden. Investitionszulagen für Genossenschaften wollen wir nicht aus städtischer Hand zahlen, sondern weiterhin Möglichkeiten des Landes NRW dafür nutzen. Für den kommunalen Wohnungsbau stärken wir die Bielefelder Gesellschaft für Wohnen und Immobiliendienstleistungen (BGW) als städtische Gesellschaft durch eine Kapitalerhöhung und einen Verzicht auf die Gewinnabführung, was keine konkrete Investitionszulage darstellt, aber zum gleichen Ziel – mehr städtische Wohnungen – führt. Noch ein ganz konkretes Vorhaben, das zu Ihrer Frage passt: Die ehemaligen Kasernenflächen wollen wir an die BGW und Wohnungsbau-genossenschaften vergeben, um dort für langfristig bezahlbare Mieten zu sorgen.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Bielefeld
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	6	Auf welche Weise wollen sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	In den letzten zehn Jahren sind in Bielefeld rund 9.000 Wohnungen gebaut worden, der Bau weiterer 2.400 Wohnungen ist geplant und genehmigt. Die Wohnfläche pro Person ist jedoch weiter gestiegen, es gibt eine steigende Anzahl von Ein-Personen-Haushalten. Gleichzeitig stehen laut Zensus-Daten mehr als 3.000 Wohnungen längerfristig leer, zusätzlich wird Wohnraum vermehrt in Ferienwohnungen umgewandelt. Auch deshalb bleibt es schwer, insbesondere kleine Ein-Personen-Wohnungen und Wohnungen für Familien mit einer günstigen Miete zu finden. Der Neubau auf der grünen Wiese ist ökologisch schädlich, hat negative Auswirkungen auf die im Hinblick auf die Klimaanpassung wichtigen Kaltluftleitbahnen und -entstehungsgebiete, zerstört landwirtschaftliche und Erholungsflächen und ist bei den stark angestiegenen Baukosten nicht geeignet, um diese Probleme zu lösen. Deshalb ist neben dem gezielten Wohnungsbau eine bessere Nutzung von Wohnraum im Bestand nötig. Die Möglichkeiten der Baulandstrategie wollen wir ausnutzen. Die Kommune soll ihr Vorkaufsrecht bei Neubau- und Brachflächen nutzen, um Spekulation zu vermeiden.
Kommunale Bodenpolitik	8	Befürworten und unterstützen sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Wir befürworten und unterstützen nicht grundsätzlich ein Konzeptvergabeverfahren mit Erbbaurechten und einem kommunalen Bodenfonds, sondern – wie in unserer Antwort zu Ihrer Frage zum kommunalen und genossenschaftlichen Wohnen genauer beschrieben – wollen allgemein für langfristig bezahlbare Mieten sorgen, indem wir den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken. Damit ist auch verbunden, dass durch eine Stärkung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft BGW mehr Grundstücke in städtischer Hand bleiben bzw. gelangen.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Bielefeld
Flächenverbrauch	9	Flächen sind in der Stadt Bielefeld begrenzt. Planen sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln?	Der Neubau auf der grünen Wiese ist ökologisch schädlich, hat negative Auswirkungen auf die im Hinblick auf die Klimaanpassung wichtigen Kaltluftleitbahnen und -entstehungsgebiete, zerstört landwirtschaftliche und Erholungsflächen und ist bei den stark angestiegenen Baukosten nicht geeignet, um die derzeitigen Probleme zu lösen. Deshalb ist neben dem gezielten Wohnungsbau eine bessere Nutzung von Wohnraum im Bestand nötig. Wir setzen auf Ansprache, Anreize, Werbung und Beratung für bauliche Aufteilung von Wohnraum, Dachgeschossausbau, Aufstockung, gemeinschaftliches Wohnen und Umzüge in kleinere Wohnungen. Die Geschosshöhe in der Wohnbebauung wollen wir, angepasst an die bauliche Umgebung, erhöhen. Bei neuen Bauprojekten, z. B. auf den ehemaligen Kasernenflächen sollen Neubauten mindestens vier Vollgeschosse haben.
Energiearmut von Mieterhaushalten	10	Welche Maßnahmen planen sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Wir sorgen weiter dafür, dass die Stadt öffentliche Leistungen, z. B. Energie- und Wasserversorgung, Verkehrsleistungen, Straßenreinigung sowie Abwasser- und Müllentsorgung, zu moderaten Preisen und in guter Qualität bereitstellt. Den Stadtwerken Bielefeld kommt hier eine Schlüsselrolle zu. RunderTischEnergiearmut, um Lösungen zu erarbeiten als Instrument erhalten (zuletzt 2022) https://www.gruene-bielefeld.de/wege-aus-der-energiearmut-runder-tisch-wird-wieder-eingerichtet/
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	11	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Nach der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung wollen wir diese nun konsequent umsetzen. Die Bürger*innen brauchen Sicherheit darüber, welche Energiequellen für Wärme in Zukunft wo und wann zur Verfügung stehen. Bezahlbare, klimafreundliche Wärme muss für alle zugänglich sein – unabhängig vom Einkommen oder Wohnort. Niemand darf in einem kalten Zuhause sitzen, weil er oder sie sich die Umstellung nicht leisten kann. Hierfür braucht es auch die aktive Unterstützung durch Stadt und Stadtwerke, insbesondere in Form von Information, Beratung und Förderung. Einer Preisaufsicht stehen wir positiv gegenüber, dies ist rein kommunal allerdings rechtlich kaum realisierbar – Fernwärme unterliegt bundesgesetzlich klareren Preisregeln und meist keiner kommunalen Regulierung.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Bielefeld
Wohnen für älteren Menschen	11	Wie schätzen sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Wir möchten hier nicht genau nach denen von Ihnen angefragten Gruppen unterscheiden, da das größte Problem bei der Suche nach einer geeigneten Wohnung und dem Bezahlen der Miete die finanziellen Möglichkeiten sind. Davon betroffen sind sicherlich Teile der von Ihnen genannten Gruppen, aber sicher auch z. B. mittelalte, alleinerziehende Menschen. Deshalb halten wir es für ratsam, den Wohnungsmarkt insgesamt zu betrachten und für langfristig bezahlbare Mieten zu sorgen. In unseren anderen Antworten haben wir dazu bereits einige Maßnahmen genannt, z. B. die Stärkung des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungssektors, den Bau von Geschosswohnungen mit mindestens vier Vollgeschossen (schafft mehr und günstigeren Wohnraum als z. B. Einfamilienhäuser), die 33%-Quote für öffentlich geförderten Wohnungen oder die effizientere Nutzung von bereits bestehendem Wohnraum (ebenfalls günstiger als Neubau). Die Erstellung eines Mietspiegels, wie in Bielefeld seit Langem üblich, sowie die Mietpreisbremse, die auch nach unserem Einsatz bei der Landesregierung wieder in Bielefeld gilt, können darüber hinaus (Miet-)Preiserhöhungen dämpfen. Davon abgesehen ist es natürlich notwendig, für den vermehrten Umbau von bestehendem Wohnraum zu barrierefreiem Wohnraum zu sorgen, um den zunehmenden Bedarf in einer alternden Bevölkerung zu decken oder auf weitere Wohnheimplätze für Studierende und besonders Auszubildende hinzuwirken (was wir zum auch jüngst erst getan haben: https://anwendungen.bielefeld.de/bi/sio057.asp?__ksinr=7985&toselect=260471).

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Bielefeld
Wohnen für junge Menschen	12	Wie schätzen sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	s.o. Azubi Wohnen. Unsere Ziele: Azubi Wohnen stärken und Azubi Wohnheim für Bielefeld – dazu gibt es 2 Anträge und Grüne Anfrage in 2024 und 2025. Wir schauen auch vor Ort, zum Beispiel nächste Woche bei der Jugendwerkstatt e.V., das auch Auszubildende besonderer Zielgruppen, wie der Jugendhilfe eigene Wohnungen haben können. Mehr dazu: https://www.gruene-bielefeld.de/mehr-wohnraum-fuer-azubis/ (Juni 2025) https://www.gruene-bielefeld.de/ratskoalition-will-azubi-wohnen-ermoeglichen/ (Januar 2024)
Wohnen für kinderreiche Familien	13	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Auch kinderreiche Familien haben es schwer, eine bezahlbare und passende Wohnung zu finden – insbesondere in angespannten Lagen. Deshalb gelten unsere wohnungspolitischen Maßnahmen selbstverständlich auch für diese Zielgruppe. Der Bau größerer, bezahlbarer Wohnungen – z. B. durch Geschosswohnungsbau mit vier oder mehr Vollgeschossen – hilft konkret. Gleichzeitig setzen wir auf intelligent genutzten Bestand, eine starke BGW und bessere Unterstützung für Familien beim Wohnungswechsel.

Thema	Nr.	Frage	SPD Gütersloh
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Der Fachbereich Bauordnung kontrolliert in den wenigen bekannten Fällen (Mitarbeiterwohnungen der Fa. Tönnies, LEG) wirksam. Insbesondere für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeiter der Fa. Tönnies gehen die Maßnahmen auch auf ein starkes Engagement der Gütersloher SPD zurück.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	In Gütersloh wurde das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung bisher nicht genutzt. Aktuell sehen wir auch in keinem der Gütersloher Stadtteile Tendenzen der Gentrifizierung, die dies erfordern würden.
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen sie diese Ziele erreichen?	In der Ratsperiode 2020-2025 wurde die Stadtentwicklungs- und Immobilien-gesellschaft ConceptGT als vollständige Tochtergesellschaft der Stadt auf Initiative der SPD gegründet. Diese verwaltet und saniert sukzessive die ca. 400 städtischen Wohnungen. Außerdem hat sie in den letzten zwei Jahren mit dem Bau neuer Sozialwohnungen angefangen. Ein großes Ziel der gesamten Gütersloher Politik und Verwaltung ist es, mit dieser Gesellschaft auf dem alten Kasernengeländer der Mansergh Barracks ca. 1000 Wohnungen zu schaffen. Ein Drittel sind Sozialwohnungen, von denen ein Teil davon mit der städtischen Tochtergesellschaft ConceptGT errichtet werden soll. Wir werden uns außerdem für die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugenossenschaft nach dem Detmolder Modell einsetzen unter dem Dach der ConceptGT einsetzen. Dies wird u. a. durch folgende Kernforderung in unserem Wahlprogramm ausgedrückt: »Daher fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Konzentration der Gütersloher Stadtentwicklungsgesellschaft »Concept GT« auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.«

Thema	Nr.	Frage	SPD Gütersloh
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	In Gütersloh ist nach dem Modell des Kommunalen Baulandmanagements die Bereitstellung vergünstigter Grundstücke und die zwingende Verpflichtung zur Entwicklung von mind. 30 % Sozialwohnungsbau bereits seit Jahren gelebte Praxis. An dieser halten wir fest. Der kommunale Wohnungssektor wurde bereits durch die Gründung der Stadtentwicklungs- und Immobiliengesellschaft ConceptGT als vollständige Tochter der Stadt auf Initiative der SPD gestärkt. Für den Fokus dieser Gesellschaft auf den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau werden wir uns weiter einsetzen. Dies wird u. a. durch folgende Kernforderung in unserem Wahlprogramm ausgedrückt: »Ein Weg zur Schaffung von Wohnraum sollte aus Sicht der SPD auch der genossenschaftliche Wohnungsbau nach dem Vorbild des »Detmolder Modells« sein.«
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Frage: Auf welche Weise wollen sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Die Eigentümer von Bauerwartungsland kennen die Möglichkeiten und Grenzen des Kommunalen Baulandmanagements in Gütersloh. In der Regel melden sie sich bei konkretem Interesse – Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung – bei der Stadt, manchmal auch mit Unterstützung einer Immobiliengesellschaft, ihrer Bank oder eines privaten Entwicklers. Wegen der bekannten Bedingungen des Kommunalen Baulandmanagements wird das Geschäft der Spekulanten schwierig, denn kein vernünftiger Bauer verkauft sein Bauerwartungsland unter diesem Wert an Spekulanten. Wenn ein solcher Spekulant zu diesem Wert einkauft, wird es für ihn schwierig, den gewünschten Gewinn zu erzielen. Die Stadt Gütersloh spricht auch Eigentümer von Bauerwartungsland direkt an, wenn erkennbar wird, dass der Bedarf mittelfristig nicht ausreichend gedeckt ist. Dennoch sehen wir im Gesamtprozess noch Optimierungspotenziale aufgrund des hohen Bedarfes an Wohnraum. Dies wird u. a. durch folgende Forderung in unserem Wahlprogramm ausgedrückt: »Gütersloh braucht ein aktualisiertes Gesamtkonzept zur Wohnraumentwicklung, das die Interessen aller Bürgerinnen und Bürgern berücksichtigt und dass sich nicht nur an den Interessen einzelner Gruppen orientiert.«

Thema	Nr.	Frage	SPD Gütersloh
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Nein, unser Kommunales Baulandmanagement basiert auf zwei wesentlichen Elementen. Das erste ist die Forderung von 30% gefördertem Wohnungsbau, beim Geschosswohnungsbau durch Investoren. Das zweite ist der Verkauf von Bauplätzen für Einfamilienhäuser, Doppelhäuser und Reihenhäuser vorzugsweise an junge Familien nach einem Verfahren durch Sozialpunkte.
Flächenverbrauch	7	Flächen sind begrenzt. Planen sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln?	Bereits in den letzten Jahren haben wir als SPD Gütersloh mit unserem Abstimmungsverhalten bei der Ausweisung von Bauland den Geschosswohnungsbau bevorzugt. Dies werden wir auch zukünftig tun. Ein- und Zweifamilienhäuser dürfen aus unserer Sicht nur dort entstehen, wo die gegebenen Umgebungsbedingungen und gegebenen Siedlungsstrukturen dies erfordern. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass Eigentümerinnen und Eigentümer von Bestandsimmobilien, welche einen Sanierungsbedarf haben und bei denen nur noch ein geringer Teil der Wohnfläche aktiv bewohnt wird einen gutes Beratungsangebot finden um mit einer Sanierung auch zusätzlichen, vermietbaren Wohnraum zu schaffen. Dies wird u. a. durch folgende Forderung in unserem Wahlprogramm ausgedrückt: »Die Gütersloher Bürgerinnen und Bürger brauchen für die Beratung in den Bereichen Wohnraumschaffung, Wohnraumaufwertung, Förderung, Verfahrensabläufe eine zentrale Anlaufstelle, auch dies kann die Concept GT als städtische Tochterfirma leisten.«
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Aktuell planen wir keine lokalen, städtischen Maßnahmen. Wir fordern Unterstützungen durch bundes- oder landesweite Programme und Maßnahmen wie es z. B. zuletzt während der stark erhöhten Energiepreise erfolgt ist. Wir haben zuletzt wieder sinkende Energiepreise beobachten können, und sehen perspektivisch weitere geplante Absenkungen (Stromsteuer und Netzentgelte) durch die Bundesregierung.

Thema	Nr.	Frage	SPD Gütersloh
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	In Gütersloh gibt es bisher nur in einem sehr geringen Umfang Fernwärme. Der gerade beschlossene Kommunale Wärmeplan zeigt außerdem wenig Potenzial für den Ausbau von Fernwärme. Wir streben einen Ausbau der Potenzialgebiete ausschließlich durch die Stadtwerke Gütersloh an, sodass dieser Ausbau und Anschluss durch ein öffentliches und öffentlich beaufichtigtes Unternehmen erfolgt.
Wohnen für älteren Menschen	10	Wie schätzen sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die Versorgung mit Wohnungen für ältere Menschen in Gütersloh ist verglichen mit dem allgemeinen Wohnungsmarkt nicht besonders kritisch. Besondere Angebote gibt es in verschiedenen Formen – von der barrierearmen Seniorenwohnung bis zum Altenpflegeheim. Zwei aktuelle Neubausprojekte begleiten wir positiv.
Wohnen für junge Menschen	11	Wie schätzen sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Dieser Markt ist in Gütersloh sehr begrenzt, da es bisher keine große Hochschule gibt. Dadurch gibt es nur einen sehr kleinen Markt für Wohngemeinschaften und bisher keine expliziten Wohnheimangebote hierfür. Bereits in der Ratsperiode 2020- 2025 haben wir unsere Forderungen nach einem Wohnheim für Auszubildende und Studenten mit einem Antrag im Rat platziert. Bisher hat sich hierfür noch keine Lösung ergeben. Dies wird u. a. durch folgende Forderung im Wahlprogramm ausgedrückt: »Wir fordern weiterhin, dass die Stadt die Bestrebungen zum Bau eines Wohnheims für Auszubildende- und Studierende aktiv unterstützt.«

Thema	Nr.	Frage	SPD Gütersloh
Wohnen für kinderreiche Familien	12	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgekindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die Zahl der kinderreichen Familien ist auch in Gütersloh deutlich rückläufig. Unsere Wohnungsbaugesellschaft soll, insbesondere im Neubaugebiet Mansergh Quartier, bedarfsgerecht bauen, dazu gibt es schon ein Fachgutachten zu am Markt gesuchten Wohnungsgrößen.
Zusammenfassende Antwort zur Wiederholungsfrage: Wie stellt sich nach ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?			Die Stand Gütersloh steht kurz von der Haushaltssicherung und versucht von Haushalt zu Haushalt die Haushaltssicherung durch Sparmaßnahmen zu vermeiden. Die Auslagerung des kommunalen Wohnungsbestands einschließlich des Neubaus in die kommunale Wohnungsbaugesellschaft ConceptGT schottet diese Bereiche von den kommunalen Finanzproblemen ab. Auch das Kommunale Baulandmanagement kostet kein städtisches Geld und kann unbeeinträchtigt fortgesetzt werden.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Gütersloh
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Unser Plan für eine effektive Wohnungsaufsicht: • Aufstockung des Personals in den Wohnungs- und Bauämtern, um systematische Kontrollen zu ermöglichen • Einrichtung eines digitalen Meldeportals für Bürger*innen, um Missstände einfach und anonym melden zu können • Klare Fristen für Vermieter*innen zur Behebung von Mängeln und konsequente Durchsetzung von Bußgeldern bei Verstößen • Bezahlbarer Wohnraum muss auch menschenwürdiger Wohnraum sein. Wir setzen uns für ein gestärktes Wohnungsaufsichtsrecht ein, das nicht nur auf dem Papier existiert, sondern in der Praxis gelebt wird.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	In Gütersloh haben wir bisher keine Milieuschutzgebiete beschlossen. Das Bundesverwaltungsgericht hatte 2021 diese wichtige kommunale Schutzmöglichkeit stark eingeschränkt – mit verheerenden Folgen. Was bedeutet das konkret? In Vierteln mit Milieuschutzsatzung konnten Kommunen bisher eingreifen, wenn Mietshäuser verkauft wurden, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern und Verdrängung zu stoppen. Dieses Instrument muss dringend zurückgewonnen werden! Unsere Forderung auf Bundesebene: Eine Änderung des Baugesetzbuches, damit Kommunen wieder handlungsfähig werden. Denn soziale Stadtentwicklung braucht wirksame Instrumente gegen Spekulation und Verdrängung.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Gütersloh
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Wohnen ist ein Grundrecht. Bezahlbares Wohnen darf keine Luxusfrage sein. Jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, als neue entstehen. Dieser Trend muss umgekehrt werden. Es müssen also wieder mehr neue Sozialwohnungen pro Jahr geschaffen werden, um den Bestand an bezahlbarem Wohnraum langfristig zu sichern. Bezahlbares und klimafreundliches Wohnen gehören für uns zusammen. Beim Thema Wohnen verbinden wir soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Verantwortung. Auf kommunaler Ebene können wir konkrete Maßnahmen ergreifen. Zum Erhalt haben wir den Antrag gestellt, Förderprogramme des Landes zur Verlängerung der Belegungsrechte zu nutzen. Hier ist allerdings noch nichts passiert. Zum Neubau haben wir in Neubaugebieten eine 30-Prozent-Quote für Investoren. Die städtische Gesellschaft Concept baut selbst geförderten Wohnraum. Allerdings sind die Fördertöpfe schnell vergriffen, so dass die Umsetzung zu lange dauert. Wir müssen daher die kommunalen Vorkaufsrechte stärken, um Mietwohnungen vor Umwandlung zu schützen. Bestandsgebäuden müssen klimaneutral saniert werden, ohne die Mieter*innen zu verdrängen.
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Aus unserer Sicht sollten öffentliche Grundstücke für sozialen Wohnungsbau vergünstigt zur Verfügung gestellt werden. Wir setzen uns für die Förderung nachhaltiger Baukonzepte ein, die Klimaschutz und Bezahlbarkeit verbinden. Die Wohnungskrise trifft besonders Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen. Während private Investoren oft auf Maximalrendite setzen, orientieren sich kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen am Gemeinwohl. Darum setzen wir GRÜNE uns für eine Stärkung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektors ein. Wir stehen für eine sozial gerechte Wohnungspolitik, die niemanden zurücklässt. Denn bezahlbarer Wohnraum ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Gütersloh
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	In Gütersloh gibt es Beschlüsse zu einer Bauland- und Wohnraumoffensive. Hierbei sollten Baulücken sowie bestehende Baurechte in Bebauungsplänen aktiviert werden. Diese Beschlüsse werden zurzeit nicht mehr aktiv verfolgt. Wir setzen auf das kommunale Baulandmanagement, das unter sozialen Kriterien vergünstigte Grundstücke in Neubaugebieten zur Verfügung stellt und Quoten für geförderten Wohnraum festsetzt. Wohnraum ist kein Spekulationsobjekt! Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper - während gleichzeitig Bauland als reine Kapitalanlage brachliegt. Diesen Kreislauf wollen wir durchbrechen. Mit einer sozialen Bodenpolitik schaffen wir die Grundlage für mehr bezahlbaren Wohnraum und lebenswerte Städte. Unser grünes Konzept für bezahlbares Wohnen: • Einführung einer Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke sollte geprüft werden, um Spekulation unattraktiv zu machen und Bauland zu aktivieren. • Vereinfachung von Nachverdichtung und Aufstockung im Bestand • Wir setzen uns gegen den Verkauf von Erbbaurechten ein.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Gütersloh
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit dem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaurechts erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Bisher nutzen wir das Instrument des kommunale Baulandmanagements, um sozial ausgewogenen Wohnraum zu schaffen. Wir unterstützen Eigenentwicklungen durch die Concept und Konzeptverfahren, soweit die Grundstücke im städtischen Besitz sind. Die Vergabe von Erbbaurechten sind anzustreben, allerdings im Hinblick auf die aktuelle Finanzlage schwer durchzuhalten. Hier werden die Versäumnisse der Vergangenheit deutlich. Wir stehen für eine zukunftsfähige kommunale Bodenpolitik. Wer Grundstücke besitzt, gestaltet die Zukunft unserer Städte und Gemeinden. Deshalb befürworten wir ein Konzeptvergabeverfahren mit Erbbaurecht statt Verkauf. Kommunen behalten so langfristig die Kontrolle über ihre Flächen. Uns ist es wichtig bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu sichern und Gemeinwohlorientierte Projekte zu fördern. Mit dieser Strategie bekämpfen wir Bodenspekulation und sichern bezahlbaren Wohnraum für alle. Städte und Gemeinden behalten ihre Gestaltungshoheit und können auf veränderte Bedürfnisse reagieren.
Flächenverbrauch	8	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Unsere Flächen sind begrenzt und kostbar - jeden Tag werden in Deutschland etwa 55 Hektar für Siedlungen und Verkehr versiegelt. Das entspricht etwa 78 Fußballfeldern! Diese Entwicklung müssen wir dringend stoppen. Wir setzen uns für neue Konzepte ein, die eine flächenschonende Wohnraumversorgung ermöglichen. Dazu gehören u. a. Leerstandsmanagement, Baulückenmanagement, Aufstockung und Nachverdichtung, Umbau und Umnutzung von Bestandsgebäuden oder Wohnungstauschbörsen. Wir Grüne setzen uns für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein, die bezahlbaren Wohnraum schafft und gleichzeitig unsere Ressourcen schont. Unser Fokus liegt daher auf modernem, klimaneutralem Geschosswohnungsbau in urbanen Gebieten, Nachverdichtung statt Flächenfraß, klimaresilienter Stadtplanung mit mehr Grünflächen und der Umnutzung von Brachflächen statt Neuversiegelung.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Gütersloh
Energiearmut von Mieterhaushalten	9	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Niemand soll zwischen Heizen und Essen wählen müssen! Energiearmut betrifft immer mehr Mieter:innen in Deutschland - das wollen wir ändern. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen. Die Energiewende muss für alle bezahlbar sein - besonders für diejenigen, die ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Bei der Heizung und Warmwasserversorgung wollen wir die kommunale Wärmeplanung sozialverträglich umsetzen und den Energieverbrauch durch möglichst warmmietenneutrale Sanierungsmaßnahmen senken. Auf den Strompreis haben wir lokal keinen Einfluss.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	10	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen. Deshalb wollen wir Fernwärme als klimafreundliche Alternative fördern UND gleichzeitig durch effektive Kontrollen und Transparenz sicherstellen, dass sie für alle bezahlbar bleibt. In Gütersloh wird es keinen Anschlusszwang geben. Mieter sind allerdings von der Entscheidung der Vermieter abhängig. Insofern wird die Entscheidung für einen möglichen Netzbetreiber wichtig sein. Eine Monopolstellung kann zu überhöhten Preisen führen, ohne dass Verbraucher*innen etwas dagegen tun können. Da bezahlbare Wärme ein Grundbedürfnis ist, fordern wir eine kommunale Preisaufsicht für Fernwärmeversorger! Denn: Faire Preise sind ein wichtiger Teil der sozialen Gerechtigkeit.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Gütersloh
Wohnen für älteren Menschen	11	Wie schätzen sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ist besorgniserregend: Zu wenig barrierefreie Wohnungen, steigende Mieten und zu wenig altersgerechte Wohnformen. Aus unserer Sicht wird sich die Situation der, vor allem weiblichen, Altersarmut in den kommenden Jahren noch verschärfen. Die Sicherung einer adäquaten, bezahlbaren Wohnraumversorgung wird, besonders im Hinblick auf eine möglichst lange Eigenständigkeit mit ambulanter Unterstützung, Aufgabe der kommenden Jahre werden. Nur durch ein längeres Verbleiben im eigenen Wohnraum kann eine Überforderung des Pflegesystems erreicht werden. Hierzu gehört auch ein Ehrenamtsmanagement zur Unterstützung der Selbsthilfe. Trotz angespannter kommunaler Haushalte müssen wir JETZT handeln. Denn soziale Gerechtigkeit bedeutet auch: Ein selbst bestimmtes Leben im Alter, unabhängig vom Geldbeutel. Deswegen unterstützen wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften mit Fokus auf seniorengerechten Wohnraum.
Wohnen für junge Menschen	11	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Junge Menschen, oft mit geringem Einkommen während der Ausbildung oder des Studiums sind von dem angespannten Wohnungsmarkt im bezahlbaren Bereich besonders betroffen. Wir unterstützen den Antrag zum Azubi-Wohnheim und möchten die besondere Förderung im Bereich „junges Wohnen“ in Gütersloh nutzen. Der Start ins Leben darf auf keinen Fall in der Wohnungslosigkeit enden. In Gütersloh sind besonders junge Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das nicht so bleibt. Junge Menschen finden kaum noch bezahlbaren Wohnraum in Gütersloh. Die angespannte Wohnsituation junger Menschen soll verbessert werden. Wir setzen uns für eine soziale und ökologisch verantwortungsvolle Wohnungspolitik ein. Dafür müssen unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gestärkt werden und es müssen Anreize für klimagerechtes und nachhaltiges Bauen geschaffen werden, damit Wohnen bezahlbar bleibt.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Gütersloh
Wohnen für kinderreiche Familien	12	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die Spielräume im Haushalt sind bekanntlich angespannt – nicht nur durch steigende Sozialausgaben, sondern auch durch die wachsenden Herausforderungen im Klimaschutz, bei der Infrastruktur und Bildung. Trotzdem ist klar: Investitionen in bezahlbaren Wohnraum sind soziale und wirtschaftliche Zukunftsinvestitionen. Kinderreiche Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum. Trotz knapper Kassen setzen wir uns für mehr Familienfreundlichkeit auf dem Wohnungsmarkt ein. Unsere Lösungen: • Gezielter sozialer Wohnungsbau mit Fokus große Wohnungen für Familien • Kommunale Grundstücke für genossenschaftliches Bauen • Unterstützung beim Wohnungstausch – große Wohnung von älteren, inzwischen allein Lebenden an junge Familien überlassen. • Bei Vereinbarungen /Verträgen mit Investoren auch große Wohnungen fordern.

Thema	Nr.	Frage	FDP Gütersloh
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Durch Kontrolle des Ordnungsamtes und Berichterstattung an den jeweiligen Fachbereich in der Stadtverwaltung, um ggf. Gegenmaßnahmen zu ergreifen.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Vorkaufsrechte halten wir nicht für die Lösung möglicher bestehender sozialer Probleme. Alles weitere sollte ein Bebauungsplan regeln, der vom Planungsausschuss und Rat bei Bedarf verabschiedet wird.
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Wir unterstützen in politischen Entscheidungen die Vorgehensweise der conceptGT, einer städtischen Immobilienverwaltung.
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Bei Einzelfallprüfung ja; siehe conceptGT. Uns ist wichtig, dass Investitionen nachhaltig sind und langfristig finanziert werden können. Dabei ist wichtig zu betonen, dass sich viele Kommunen in Deutschland in schwierigen Haushaltssituationen befinden und bereits heute schwierige Abwägungen mit Blick auf notwendige und dringende Investitionen treffen müssen. Wir halten es nicht für ratsam, kommunale Aufgaben weiter auszubauen, da sonst das Risiko besteht, dass andere wichtige Bereiche wie die Gesundheitsversorgung, Bildung oder Sicherheit darunter leiden. Eine stärkere Beteiligung der Kommune durch Zuschüsse und Förderungen sehen wir daher im größeren Umfang erst mit einer gesicherteren Haushaltslage möglich. Hier sind auch das Land und der Bund gefordert dringend bei der Verbesserung der kommunalen Finanzen zu unterstützen.
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Durch Ausweisung von Bebauungsplänen und im Einzelfall in städtebaulichen Verträgen.

Thema	Nr.	Frage	FDP Gütersloh
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit dem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaurechts erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Nein, weil wir dies nicht für den richtigen Weg halten, um langfristig bezahlbaren Wohnraum oder sogar Eigentum für Menschen zu ermöglichen. Durch eine Erbbaustrukturierung würden Menschen monatlich mit einem Erbbauzins belastet und verlieren perspektivisch die Möglichkeit Eigentum zu erwerben.
Flächenverbrauch	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Die Nachverdichtung in den letzten Jahren war hauptsächlich durch Geschosswohnungen in Gütersloh geprägt. Bei neuen Baugebieten unterstützen wir den Mix aus Mehrgeschosswohnungen, Mietwohnungen und Einfamilienhäusern. Grundsätzlich müssen sich Neubauten in das Stadtbild einfügen.
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Frage ist zu ungenau? Was ist gemeint? Vermieter, die nicht die Energielieferanten bezahlt haben und Wohnungen der Mieter, welche von der Versorgung abgeklemmt werden? Falls ja, sehen wir hier eher den Bundesgesetzgeber in der Pflicht eine bundesweite Lösung zu finden, nicht die Kommune.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Die Versorgung mit Fernwärme spielt in Gütersloh kaum eine Rolle. Die Regelung und Einführung zu einer Preisaufsicht halten wir für ein Thema des Bundesgesetzgebers. Darüber hinaus halten wir es für geboten, marktwirtschaftliche Regelungen zu finden, die es Konsumenten erlauben die passende Alternative zu wählen.

Thema	Nr.	Frage	FDP Gütersloh
Wohnen für ältere Menschen	10	Wie schätzen sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen betrifft nicht nur ältere Menschen, sondern die Mehrheit der Bundesbürger, alle Altersschichten und die verschiedenen Lebensgemeinschaften. Hier sehen wir das Landesbauministerium und das Bundesbauministerium in der Pflicht mehr Projekte und Fördermaßnahmen zu instruieren. Die Stadt Gütersloh kann nur im Rahmen der conceptGT eine kleine Abhilfe schaffen. Ggf. findet in den nächsten Jahren eine Entwicklung für Wohnungen für ältere Mitbürger, jüngere Menschen (Studenten, Auszubildende) und kinderreichen Familien auf dem Areal des Mansergh Quartiers statt. Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die städtische Haushaltssituation schlecht.
Wohnen für junge Menschen	11	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Siehe Antwort Frage oben zu älteren Menschen. Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die städtische Haushaltssituation schlecht.
Wohnen für kinderreiche Familien	12	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Siehe Antwort Frage oben zu älteren Menschen. Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die städtische Haushaltssituation schlecht.

Fragenkatalog zur Kommunalwahl 2025

Thema	Nr.	Frage	SPD Paderborn
Wohnungsaufsicht stärken	1	Thema: Wohnungsaufsicht stärken Frage: Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Wir werden in den kommenden Haushaltsberatungen die Verwaltung um eine Darstellung der Tätigkeiten und Bedarfe in dem Bereich sowie um Auskunft zum Personalbedarf bitten. In der Bauausschusssitzung im Juni 2023 wurde durch die Verwaltung dargestellt, dass es kaum Nachfragen an die Stadt gegeben hat. Die SPD-Fraktion wird die Entwicklung weiterhin kritisch hinterfragen.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Die Wiedereinführung eines kommunalen Vorkaufsrechtes würden wir im Sinne verantwortlicher Wohnungspolitik unterstützen, sie liegt allerdings in der Zuständigkeit des Bundes. Da wir in Paderborn derzeit keine Milieuschutzsatzung haben, ist es in dem Zusammenhang auch nicht relevant für uns.
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Wir begrüßen das Engagement der Bundesbauministerin für die Senkung von Baukosten. Einen wichtigen Beitrag zu bezahlbarem Wohnraum in Paderborn leistet die städtische Wohnungsgesellschaft, die auf den Konversionsflächen Wohnraum schafft. Auch über eine Erhöhung der Quote von 30 Prozent für geförderten Wohnungsbau werden wir nachdenken. Die Summe der Wohnungen die in den nächsten Jahren aus der Mietpreisbindung fallen werden, ist alarmierend. Die Kommune kann und sollte darüber entscheiden, die Mietpreisbindung für städtische Wohnungen auch nach Ablauf der gesetzlichen Fristen weiter aufrecht zu erhalten.

Thema	Nr.	Frage	SPD Paderborn
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Wir begrüßen es sehr, wenn sich Bauinteressierte zusammenschließen, um ihre Vorhaben gemeinsam, beispielsweise in Form einer Genossenschaft, zu realisieren. Bei allen kommenden Bauvorhaben bzw. Ausweisung von Baugebieten werden wir darauf achten, dass alternative Wohn- und Bau-trägerformen zum Zuge kommen können. An den Stellen, wo es Sinn macht und möglich ist, sollten städtische Grundstücke in Erbpacht vergeben werden. Das vergünstigt Bauvorhaben, insbesondere für genossenschaftliche Wohnprojekte kann das eine gute Lösung sein. Investitionszulagen sehen wir nicht als kommunale Aufgabe an, da es beispielsweise durch das Land NRW und die KfW bereits viele Instrumente zur Förderung von Bauvorhaben gibt. Eine Unterstützung von sozialen Wohnungsbauvorhaben durch die Stadt kann und sollte anders erfolgen!
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Die Einführung einer Grundsteuer C für baureife, aber unbebaute Grundstücke ist wäre ein probates Mittel, um Bodenspekulationen zu unterbinden und Anreize zum Bauen zu schaffen. Die Stadt hat mit dem Baugebiet Springbach Höfe und jetzt »Winkelland« sowie den Geländen der ehemaligen Kasernen Alanbrooke, Barker und Dempsey bereits einige Flächen mobilisiert. Die aktive Bodenvorratspolitik der Stadt sollte dennoch verstärkt werden, dabei sollte der Fokus nicht nur auf Eigenheimgrundstücken in den Ortsteilen liegen, sondern auch besonders auf Mietwohnungsbaugrundstücken.

Thema	Nr.	Frage	SPD Paderborn
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Hier werden verschiedene Themen in einen Zusammenhang gebracht, die wir der Klarheit halber zunächst getrennt beantworten wollen: Boden(vorrats)politik der Kommune ist das zentrale Element der Stadtplanung, und diese wiederum ist über die Schaffung von Wohnraum auch immer Sozialpolitik. Daher ist es für uns als SPD elementar wichtig, dass die Stadt die Hoheit über ihr „Tafelsilber“, das knappe Gut „Fläche“, nicht aus der Hand gibt. In diesem Sinne halten wir Grundstücksvergaben im Erbbaurecht für ein sehr gutes Instrument an den Stellen, wo es sinnvoll und vor allem gewünscht ist. Paderborn, insbesondere das Stadtplanungsamt, verfolgt eine sinnvolle Stadtentwicklungspolitik, bei der es nicht darum geht, Flächen einfach an den Meistbietenden zu verkaufen, sondern aktiv Stadtentwicklung zu betreiben. Dabei spielt Wohnraum –, insbesondere geförderter Wohnungsbau – eine bedeutende Rolle. Dies haben wir beispielsweise im Konzeptvergabeverfahren im Alanbrooke-Quartier so erlebt, und dies wird auch künftig im Zukunftsquartier so gehandhabt werden. Das hat unsere volle Unterstützung. Die Einrichtung eines kommunalen Bodenfonds als tatsächliches Instrument wäre zu diskutieren. Wie erwähnt halten wir eine gute Bodenvorratspolitik für sehr wichtig, sehen aber auch die Risiken, die ein Fonds bieten könnte, so zum Beispiel, dass Kapital daraus gelöst werden könnten, um den städtischen Haushalt zu sanieren. Ein wie in Ihrer Frage angedeutetes Zusammenbringen der drei Elemente ist eine Idealvorstellung sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik, die sich in der Reinform vermutlich schon aufgrund des Kapitalbedarfs für einen kommunalen Bodenfonds derzeit nicht realisieren lässt.

Thema	Nr.	Frage	SPD Paderborn
Flächenverbrauch	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Der Wunsch nach Einfamilienhäusern ist sehr nachvollziehbar und wird Teil des hiesigen Baugeschehens bleiben. In einer wachsenden Stadt muss jedoch bei der Ausweisung von Baugebieten die Errichtung von Mehrfamilienhäusern, auch mit gefördertem Wohnraum, verstärkt berücksichtigt werden. Denn wie Sie schon schreiben: Fläche ist begrenzt, allein mit Einfamilienhäusern werden wir dem Wohnraummangel nicht begegnen können, folglich brauchen wir den Geschosswohnungsbau. Dieser muss nicht mehr wie zu früheren Zeiten aus Hochhäusern mit einer hohen Zahl von Mietern bestehen, kleinere Geschosswohnbauten können das Gefüge einer Nachbarschaft bieten und sich optisch gut im Stadtbild einfügen.
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Da es in Deutschland keine allgemeine Definition von Energiearmut gibt, gehen wir davon aus, dass Sie insbesondere Menschen meinen, die aufgrund geringen Einkommens Schwierigkeiten haben, ihre Energiekosten zu tragen. Dagegen kann nur ein Mix aus verschiedenen Maßnahmen helfen. Einerseits ganz wichtig ist natürlich das Energiesparen. Die Verbraucherzentrale und manche Verbände leisten da sehr gute, individuelle Beratung, die Stadt Paderborn unterstützt sie jährlich mit Zuschüssen aus dem Haushalt. Energieeffiziente Sanierungen liegen in der Hand der Vermieter, da kann die Stadt lediglich über Informationen darauf hinwirken. Die Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaft beispielsweise werden nach KfW-40 Standard gebaut und sind an das Nahwärmenetz angeschlossen. Würde die Stadt beispielsweise Zuschüsse zahlen, würden diese vermutlich auf sonstige Transferleistungen angerechnet werden. Über Tauschprogramme für energieeffizientere Geräte könnte man nachdenken.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Fernwärmeanbieter unterliegen der Aufsicht des Bundeskartellamtes, daher halten wir eine kommunale Preisaufsicht für nicht erforderlich und auch nicht leistbar. Anschluss- und Benutzungszwang an Fern- und Nahwärmenetze ist immer kritisch zu hinterfragen und in Abwägung mit der Planungssicherheit für die Anbieter zu bringen. Hier ist es wichtig, dass die Kommune Mitspracherechte hat und nutzt.

Thema	Nr.	Frage	SPD Paderborn
Wohnen für ältere Menschen	10	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Die städtische Wohnungsgesellschaft wird künftig Wohnungen in verschiedenen Größen anbieten, auch kleine, barrierearme Wohnungen, die sich für alleinstehende, ältere Menschen anbieten. Auch der Spar- und Bauverein unterstützt seine Kunden beispielsweise beim Wechsel in barrierefreie Wohnungen, wenn es nötig ist. Darüber hinaus haben wir beispielsweise 2022 ein Förderprogramm »Alt für Jung« vorgeschlagen, mit dem wir Anreize für junge Leute schaffen wollten, alte Immobilien neu zu beleben. Ebenso sollte damit dem Ansinnen von potenziell älteren Verkäufern Rechnung getragen werden, sich von zu groß gewordenen Immobilien zu trennen. Leider sind wir mit diesem Vorschlag an den politischen Mehrheiten gescheitert, vielleicht ergeben sich im neuen Rat da ja neue Möglichkeiten. Projekte im Bereich des Generationenwohnens würden wir absolut unterstützen!
		Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Das Wohnungsangebot ist zum überwiegenden Teil erst einmal Aufgabe des freien Marktes. Angesichts des großen Mangels an bezahlbarem Wohnraum ist die Stadt mit der städtischen Wohnungsgesellschaft aktiv geworden, ebenso mit dem Beschluss, dass bei Ausweisung neuer Bauprojekte und Baugebiete mindestens 30 Prozent geförderter Wohnungsbau entstehen muss. Damit leistet die Stadt in Anbetracht der momentanen Haushaltssituation schon das Möglichste.

Thema	Nr.	Frage	SPD Paderborn
Wohnen für junge Menschen	11	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Auch an dieser Stelle weisen wir auf die Aktivitäten der städtischen Wohnungsgesellschaft hin, beispielsweise im Alanbrooke-Quartier bietet sie künftig 67 1,5-Zimmer-Wohnungen von 38 bis 44 Quadratmetern Größe an, die ebenfalls der Förderung unterliegen. Ebenfalls im Alanbrooke-Quartier soll der Azubi-Campus entstehen, der 240 neue Wohnheimplätze für Auszubildende und dual Studierende bieten wird. Und wir müssen weiteren Wohnraum generieren: durch Vermietung von Leerständen in der Innenstadt oder durch Umwidmung nicht mehr benötigter Büroflächen zum Beispiel. Bei vielen Flächen handelt es sich jedoch um privates Eigentum, da kann die Stadt nur durch Gespräche tätig werden. Zudem sehen wir insbesondere für Studierende auch das Studierendenwerk in der Pflicht.
		Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Wie schon bei der vorigen Frage angegeben sehen wir die großen Bemühungen der Stadt, über die städtische Wohnungsgesellschaft, die Ausweisung neuer Baugebiete und die positive Begleitung von Projekten privater Investoren Einfluss auf den Wohnungsmarkt zu nehmen. Initiativen wie beispielsweise für den Azubi-Campus begleitet die Stadt wohlwollend und unterstützt sie an allen möglichen Stellen. Große Investitionen darüber hinaus gibt die Haushaltslage leider momentan nicht her.
Wohnen für kinderreiche Familien	12	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Hier könnte beispielsweise das oben bereits angesprochene Förderprogramm »Alt für Jung« helfen, das neben Faktoren wie dem Alter der Immobilie und den Erfordernissen der energetischen Sanierung vor allem die Kinderzahl der Käufer berücksichtigt. Auch eine kommunale Plattform im Sinne einer »Wohnungstauschbörse«, wie es sie z. B. in Düsseldorf und Bonn gibt, könnte Abhilfe schaffen.
		Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Auch hier verweisen wir wieder auf die städtische Wohnungsgesellschaft, die im Alanbrooke-Quartier 22 Wohnungen mit 5 Zimmern und zwei Bädern in der Größe von 105 bis 125 Quadratmetern anbietet. Weiteres Engagement in einem Bereich, der zu großen Teilen dem freien Markt unterliegt, lässt die Haushaltslage derzeit nicht zu.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Wir nehmen das Thema Wohnungsaufsicht sehr ernst, denn jeder Mensch hat ein Recht auf würdigen und sicheren Wohnraum. Wenn Wohnsiedlungen verwahrlosen oder Mieter unter unzumutbaren Bedingungen leben müssen, dürfen wir nicht wegsehen. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass unser Bau- und Wohnungsamt Hinweise auf Missstände konsequenter aufgreift, systematisch erfasst und gezielt nachverfolgt. Dazu gehört für uns auch, die internen Abläufe zu überprüfen: Wo können wir durch Digitalisierung oder bessere Koordination schneller reagieren? Wo braucht es klare Zuständigkeiten oder personelle Verstärkung? Wir setzen dabei nicht nur auf Kontrolle, sondern auch auf Kooperation: mit Eigentümern, Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und sozialen Trägern. Unser Ziel ist es, frühzeitig zu handeln – bevor Probleme eskalieren – und die Lebensqualität in unseren Quartieren dauerhaft zu sichern.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Wir stehen zum Ziel, gewachsene Nachbarschaften und sozial durchmischte Quartiere zu erhalten. Die soziale Erhaltungssatzung ist ein wichtiges Instrument, um Veränderungen zu begleiten und Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Allerdings hat das Bundesverwaltungsgericht klare Grenzen für das gemeindliche Vorkaufsrecht gesetzt – das müssen wir als rechtsstaatlich orientierte Kommune respektieren. Ein Einfaches ‚Zurück zum alten Vorkaufsrecht‘ halten wir deshalb nicht für zielführend. Was wir wollen: Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene für eine rechtssichere und praxistaugliche Neuregelung ein, die soziale Ziele mit den Grundrechten auf Eigentum und Investitionssicherheit in Einklang bringt. Gleichzeitig werden wir vor Ort alle bestehenden Handlungsmöglichkeiten nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern – sei es über Konzeptvergaben, Kooperationen mit Wohnungsbaugenossenschaften oder eine aktive Bodenpolitik.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum ein – aber mit wirtschaftlich vernünftigen und nachhaltigen Lösungen. Unser Ziel ist es, den Neubau auch im preisgünstigen Segment zu fördern, ohne dass die öffentliche Hand sich dauerhaft in teure, ineffiziente Strukturen verstrickt. Denn wir sehen: Die klassische Förderung von Sozialwohnungen ist oft das teuerste Instrument – mit vergleichsweise wenig Wirkung und langfristiger Bindung für die Kommunen. Deshalb setzen wir auf einen klaren Grundsatz: Privat vor Staat. Wir wollen private Investoren stärker in die Verantwortung nehmen, etwa durch verbindliche Quoten für bezahlbaren Wohnraum bei Neubauprojekten. Gleichzeitig wollen wir durch schnelle Genehmigungsverfahren, planungssichere Rahmenbedingungen und aktive Bodenpolitik den Wohnungsbau erleichtern – auch im unteren Preissegment. Dort, wo öffentliche Förderung notwendig ist, soll sie zielgerichtet und transparent sein – zum Beispiel in Form von Baukostenzuschüssen oder zeitlich begrenzten Belegungsbindungen. Unser Ziel ist es, mit jedem Euro an Fördermitteln möglichst viele Wohnungen zu ermöglichen – nicht möglichst viele bürokratische Programme.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Wir sehen in Wohnungsbaugenossenschaften einen entscheidenden Schlüssel für einen gerechten, stabilen und sozial ausgewogenen Wohnungsmarkt. Sie wirtschaften nachhaltig, binden Menschen langfristig an ihre Nachbarschaften und bieten bezahlbaren Wohnraum ohne Gewinnmaximierung – und genau deshalb wollen wir sie gezielt stärken. Wir sind bereit, genossenschaftlichen Wohnungsbau durch die vergünstigte Bereitstellung geeigneter öffentlicher Grundstücke zu fördern – sofern tragfähige Konzepte vorliegen und die langfristige Sozialbindung gesichert ist. Auch befristete Investitionszuschüsse können dort sinnvoll sein, wo sie Effekte im unteren und mittleren Mietsegment auslösen. Gleichzeitig gilt für uns: Kommunale Wohnbauvorhaben müssen sich am Maßstab von Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit messen lassen. Nicht jeder staatliche Bau ist automatisch sinnvoll. Wir prüfen genau, wo kommunales Engagement wirklich notwendig ist – und wo private oder genossenschaftliche Träger besser, flexibler und nachhaltiger arbeiten können. Unser Ziel ist ein vielfältiger Wohnungsmarkt mit starken, nachhaltig geprägten und bewährten Akteuren – nicht ein staatlich dominierter Wohnungsbau, der an den Bedürfnissen vorbeiplant.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Wir wollen Bauland mobilisieren, indem wir gezielt Anreize schaffen – nicht durch staatliche Überregulierung, sondern durch planungssichere Verfahren, sinnvolle Nachverdichtung und kluge Entwicklung neuer Baugebiete. Unser Ziel ist es, Bauen wieder möglich zu machen – bezahlbar, wirtschaftlich und sozial ausgewogen. Um Bodenspekulation entgegenzuwirken, setzen wir auf klare Spielregeln: Wer Bauland besitzt, soll es auch entwickeln – nicht jahrelang brachliegen lassen in der Hoffnung auf Wertsteigerung. Deshalb prüfen wir steuerliche und planungsrechtliche Instrumente, die zur Aktivierung motivieren – ohne übermäßige Eingriffe in Eigentumsrechte. Besonders wichtig ist uns: Wir wollen junge Familien und Selbstnutzer gezielt stärken. Dazu gehört, dass wir bei der Vergabe kommunaler Grundstücke nicht nur an Investoren denken, sondern auch an diejenigen, die selbst in unserer Stadt leben und Verantwortung übernehmen wollen. Eigentum schafft Bindung, Stabilität und Generationengerechtigkeit – das wollen wir fördern, nicht behindern. Genossenschaften und private Selbstnutzer sind für uns die besten Partner, um den Wohnungsmarkt nachhaltig zu entlasten – nicht eine immer weiterwachsende Rolle der öffentlichen Hand.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit dem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaurechts erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Wir befürworten Konzeptvergaben grundsätzlich – weil sie die Chance bieten, Grundstücke nicht nur nach dem höchsten Preis, sondern nach Qualität, Nutzungsidee und städtebaulichem Mehrwert zu vergeben. Das ist ein sinnvoller Weg, um gezielt bezahlbaren Wohnraum, Familienfreundlichkeit oder genossenschaftliches Engagement zu fördern. Was wir jedoch nicht unterstützen, ist die pauschale Kopplung solcher Vergaben an das Erbbaurecht. Aus unserer Sicht ist das ein erhebliches Investitionshemmnis – besonders für Familien, Selbstnutzer und kleinere Träger, die langfristig Verantwortung übernehmen wollen. Eigentum gibt Planungssicherheit, schafft Vermögen und motiviert zur Identifikation mit dem Quartier. Das Erbbaurecht dagegen führt oft zu Unsicherheit, eingeschränkter Finanzierung und unnötiger Bürokratie. Stattdessen setzen wir auf eine kluge, verantwortungsvolle Bodenpolitik: Die Kommune soll Boden strategisch einsetzen – aber auch bereit sein, Grundstücke an die richtigen Partner im Eigentum zu übertragen, wenn die Konzepte stimmen und die Nutzung dem Gemeinwohl dient. Dabei können Genossenschaften, Familien und soziale Bauträger genauso zum Zuge kommen wie solide private Investoren. Ein kommunaler Bodenfonds darf kein Selbstzweck sein – entscheidend ist, dass am Ende Wohnraum entsteht, der tragfähig, bezahlbar und dauerhaft nutzbar ist.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Flächenverbrauch	8	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Wir wollen Stadtentwicklung nicht ideologisch, sondern am tatsächlichen Bedarf der Menschen ausrichten. Flächen sind knapp – das ist richtig. Aber gerade deshalb brauchen wir ein durchdachtes, flexibles Nutzungskonzept, das dem Charakter unserer Quartiere, den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger und der sozialen Vielfalt gerecht wird. Für uns ist klar: Moderner Geschosswohnungsbau hat in vielen Lagen seine Berechtigung – gerade im innerstädtischen Bereich oder bei der Nachverdichtung. Aber er ist nicht überall die richtige Antwort. Wer heute nur noch in Geschossen denkt, verkennet die Nachfrage: Viele Familien wünschen sich ein eigenes Zuhause mit Garten, Selbstnutzer wollen langfristig Verantwortung übernehmen, und auch barrierefreies Wohnen im Alter ist oft besser in kleinerer, ebenerdiger Form möglich. Deshalb setzen wir auf einen gesunden Mix aus Mietwohnungen, Eigentum, Geschossbau und Einfamilienhäusern – je nach Lage, Infrastruktur und Zielgruppe. Wir werden kommunale Grundstücke und Entwicklungsflächen nicht pauschal einer bestimmten Bauform zuweisen, sondern gezielt dort fördern, wo Wohnformen entstehen, die langfristig gebraucht werden – wirtschaftlich tragfähig, sozial ausgewogen und ökologisch sinnvoll. Wohnvielfalt ist Lebensqualität – und genau dafür stehen wir.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Energiearmut von Mieterhaushalten	9	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Wir nehmen das Thema Energiearmut ernst – aber wir glauben auch, dass die besten Lösungen nicht aus pauschaler Subventionierung kommen, sondern aus gezielter Unterstützung und eigenverantwortlichem Handeln. Deshalb setzen wir auf Transparenz, Aufklärung und Anreize zur Eigeninitiative. Wir wollen Informationsangebote ausbauen, die Mieterinnen und Mieter dabei unterstützen, ihren Energieverbrauch besser zu verstehen und gezielt zu senken – etwa durch einfache Einsparmaßnahmen oder die Nutzung moderner Technik. Denn oft lassen sich mit kleinen Veränderungen spürbare Kosten senken. Gleichzeitig setzen wir auf gezielte Förderung dort, wo wirklich Bedarf besteht – zum Beispiel bei energetischen Sanierungen im Bestand oder durch Kooperationen mit sozialen Trägern, die besonders betroffene Haushalte unterstützen können. Und wir wollen Eigentümer und Vermieter motivieren, in energetisch sinnvolle Maßnahmen zu investieren – durch verlässliche Rahmenbedingungen, unbürokratische Förderangebote und schnellere Genehmigungsverfahren. Denn langfristig hilft gegen Energiearmut vor allem eins: ein energieeffizienter Wohnungsbestand – in Verantwortung von Mietern und Vermietern gleichermaßen. Für uns steht fest: Wer Hilfe braucht, soll sie bekommen – aber immer mit dem Ziel, zur Selbstständigkeit zu befähigen, nicht in Abhängigkeit zu halten.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	10	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	In Paderborn gibt es derzeit noch keine Fernwärmeversorgung. Bei einer möglichen Umsetzung entsprechender Projektierungen, steht für uns fest: Fernwärme muss kosteneffizient, zuverlässig und für die Verbraucher bezahlbar sein. Wir sind grundsätzlich offen für eine Fernwärmeversorgung – aber nur, wenn sie marktwirtschaftlich organisiert ist und Wettbewerb ermöglicht, damit Preissteigerungen durch marktbeherrschende Anbieter vermieden werden. Eine übermäßige Regulierung oder eine kommunale Preisaufsicht lehnen wir grundsätzlich ab, da sie Investitionen hemmen und Innovationen verhindern kann. Stattdessen setzen wir auf transparente Vertragsbedingungen, faire Ausschreibungen und klare Qualitätsstandards, um die Versorgung zu sichern und die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger niedrig zu halten. Sollte sich zeigen, dass ohne zusätzliche Kontrolle unverhältnismäßige Preissteigerungen drohen, sind wir offen für zielführende Maßnahmen – immer aber mit Blick auf Wirtschaftlichkeit und Bürgerwohl.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Wohnen für junge Menschen	11	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studierenden, mit bezahlbarem Wohnraum liegt uns sehr am Herzen. Unser regionaler Wohnungsmarkt ist nicht einfach ausgeglichen, sondern lebt vielmehr vom vielfältigen Engagement zahlreicher Anbieter und innovativer Konzepte – wie Studentenwohnheime, Appartementanlagen und eine breite Palette an WG's in unterschiedlichen Größen. Ein großer Standortvorteil unserer Stadt ist, dass die regionale Universität bei der Anwerbung neuer Studierender gezielt auf das vielfältige und günstige Wohnraumangebot hinweist – ein klarer Unterschied zu vielen anderen Studienorten. Das stärkt unsere Attraktivität und hilft, junge Menschen dauerhaft an die Region zu binden. Wir wollen diesen Vorteil weiter ausbauen und setzen auf eine enge Zusammenarbeit mit privaten Vermietern, Wohnungsgenossenschaften und sozialen Trägern, um auch künftig ausreichend bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum in unmittelbarer Nähe zu Ausbildungsstätten und der Universität zu sichern. Dabei handeln wir stets wirtschaftlich verantwortungsvoll und mit Blick auf die kommunalen Haushaltsmittel. Unser Ziel ist es, jungen Menschen eine gute Perspektive und ein lebenswertes Umfeld zu bieten, in dem sie sich entfalten können.

Thema	Nr.	Frage	CDU Paderborn
Wohnen für kinderreiche Familien	12	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Kinderreiche Familien stehen auf dem Wohnungsmarkt oft vor besonderen Herausforderungen, weil sie mehr Platz benötigen und bezahlbaren Wohnraum finden müssen. Für uns ist klar: Familienfreundliches Wohnen muss einen hohen Stellenwert haben. Wir setzen daher auf eine Mischung aus gezielter Förderung und Unterstützung, um den Bedarf an bezahlbarem, großzügigem Wohnraum für kinderreiche Familien zu decken. Dabei sehen wir die vielfältigen Eigentumsförderprogramme von Land und NRW.BANK als wichtige Instrumente, um Familien den Weg in die eigenen vier Wände zu erleichtern. Eigentum schafft nicht nur Sicherheit, sondern auch Perspektiven für die Zukunft. Gleichzeitig wollen wir gemeinsam mit privaten Vermietern und Wohnungsbaugenossenschaften mehr familiengerechte Mietwohnungen schaffen, die den Bedarf abdecken – natürlich immer unter Beachtung der kommunalen Haushaltssituation. Wirtschaftliches und verantwortungsbewusstes Handeln ist für uns dabei selbstverständlich, damit wir nachhaltige Lösungen realisieren können. Unser Ziel ist es, kinderreichen Familien wohnliche Räume zu bieten, in denen sie sich wohlfühlen und ihre Zukunft planen können.

Thema	Nr.	Frage	FDP Paderborn
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Wir Freie Demokraten setzen darauf, dass Eigentümer selbst die Verantwortung für ihre Immobilien tragen. Verwahrlosung darf aber nicht zu Lasten der Nachbarschaft oder der Mieter gehen. Deshalb muss die Stadt vorhandene Instrumente der Wohnungsaufsicht konsequent, aber schlank und effizient einsetzen. Statt immer neue Regeln oder Gremien zu schaffen, wollen wir klare Zuständigkeiten, digitale Verfahren und schnelle Entscheidungen in der Verwaltung. So wird Verwahrlosung gezielt entgegengewirkt – ohne zusätzliche Bürokratie und ohne pauschale Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Unser Ansatz bleibt: Eigenverantwortung stärken, Strukturen verschlanken, und nur dort eingreifen, wo es wirklich nötig ist.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Wir verstehen die Sorge, dass angespannte Wohnungsmärkte Menschen belasten und bezahlbarer Wohnraum gesichert werden muss. Dennoch sehen wir in kommunalen Vorkaufsrechten in Milieuschutzgebieten kein geeignetes Mittel: Sie greifen zu stark in Eigentumsrechte ein, schrecken Investoren ab und schaffen Unsicherheit. Stattdessen setzen wir auf den einzig wirksamen Weg: mehr Wohnraum durch Bauen. Mit weniger Auflagen, schnelleren Genehmigungen und fairen Rahmenbedingungen sorgen wir dafür, dass Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht kommen – und damit auch die Mieten stabil bleiben.

Thema	Nr.	Frage	FDP Paderborn
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Der Erhalt und Neubau von Sozialwohnungen ist aus unserer Sicht in erster Linie eine öffentliche Aufgabe. Nur der Staat – also Bund, Land und Kommune – kann unter den gegebenen Rahmenbedingungen dauerhaft für preisgebundenen Wohnraum sorgen. Deshalb halten wir es für den falschen Weg, private Investoren über starre Quoten in Bauvorhaben dazu zu verpflichten. Solche Vorgaben schrecken Bauwillige ab, verzögern Projekte und führen am Ende dazu, dass insgesamt weniger neuer Wohnraum entsteht. Das hilft weder den Mietern noch dem Wohnungsmarkt. Wir Freie Demokraten haben uns deshalb erfolgreich für die Gründung der Wohnungsbaugesellschaft Paderborn eingesetzt – mit dem klaren Auftrag, sich dem öffentlich geförderten Wohnungsbau zu widmen. Damit stellen wir sicher, dass bezahlbarer Wohnraum gezielt dort geschaffen wird, wo er am dringendsten gebraucht wird. Darüber hinaus wollen wir lokale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen weiter stärken. Dazu kann auch die vergünstigte Bereitstellung städtischer Grundstücke gehören oder eine Unterstützung durch Investitionszulagen – vorausgesetzt, auf starre Quoten für private Bauherren wird im Gegenzug verzichtet. So fördern wir gezielt den sozialen Wohnungsbau, ohne den freien Wohnungsmarkt unnötig zu belasten. Unser Ziel ist ein ausgewogenes Modell: öffentlicher Wohnungsbau durch Stadt und Genossenschaften, verbunden mit attraktiven Rahmenbedingungen für private Investoren. Nur so werden wir in Paderborn genügend Wohnraum schaffen können – für alle Einkommensgruppen.

Thema	Nr.	Frage	FDP Paderborn
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Wir wollen kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen weiter stärken. Dazu kann auch die vergünstigte Bereitstellung städtischer Grundstücke gehören oder eine Unterstützung durch Investitionszulagen – vorausgesetzt, auf starre Quoten für private Bauherren wird im Gegenzug verzichtet. So fördern wir gezielt den sozialen Wohnungsbau, ohne den freien Wohnungsmarkt unnötig zu belasten. Unser Ziel ist ein ausgewogenes Modell: öffentlicher Wohnungsbau durch Stadt und Genossenschaften, verbunden mit attraktiven Rahmenbedingungen für private Investoren. Nur so werden wir in Paderborn genügend Wohnraum schaffen können – für alle Einkommensgruppen.
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Die Mobilisierung von Bauland ist eine wichtige Aufgabe, wenn wir den angespannten Wohnungsmarkt entlasten wollen. Gleichzeitig müssen wir sehr sorgfältig darauf achten, dass die Rechte privater Eigentümer nicht durch überzogene Eingriffe eingeschränkt werden. Das Baulandmobilisierungsgesetz ist hier ein zentraler Baustein. Wir halten es für notwendig, zunächst die bisherigen Erfahrungen sorgfältig zu evaluieren, bevor neue Instrumente eingeführt werden. In der jetzigen Form birgt es die Gefahr, dass vor allem private Eigentümer belastet werden, während große institutionelle Akteure oder kommunale Gesellschaften sich leichter anpassen können. Für uns Freie Demokraten gilt: Baulandmobilisierung ja – aber mit Augenmaß. Statt auf Zwang setzen wir auf Planungssicherheit, klare Verfahren und den Abbau bürokratischer Hürden. Nur so schaffen wir Anreize, dass Eigentümer Bauland tatsächlich entwickeln, anstatt durch immer neue Vorgaben abgeschreckt zu werden.

Thema	Nr.	Frage	FDP Paderborn
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Wir Freie Demokraten befürworten einen weitestgehend freien Markt bei der Vergabe von Grundstücken. Konzeptvergaben über Erbbaurecht können im Einzelfall sinnvoll sein – etwa bei klar definierten städtischen Projekten wie Kitas oder Schulen. Eine generelle Bevorzugung lehnen wir aber ab. Denn die Gefahr liegt auf der Hand: Ideologisch geprägte Vergabeverfahren schaffen keine Planungssicherheit, sondern schrecken Investoren, Bauwillige und Familien ab. Statt die dringend benötigten Wohnungen schneller auf den Markt zu bringen, werden Verfahren komplizierter und Flächen blockiert. Unser Ansatz ist klar: Wir wollen Wohnraum schaffen – nicht Verwaltungsstrukturen. Eigentum muss attraktiv bleiben, damit Menschen in Paderborn bauen, investieren und Werte für die nächste Generation schaffen können.

Thema	Nr.	Frage	FDP Paderborn
Flächenverbrauch	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln?	Wir Freie Demokraten setzen auf Vielfalt statt Einseitigkeit in der Stadtentwicklung. Paderborn braucht sowohl modernen Geschosswohnungsbau als auch Einfamilienhäuser. Welche Wohnform passt, hängt von den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und den jeweiligen Standortbedingungen ab. Der Mittelstand darf bei der Schaffung von Wohnraum nicht benachteiligt werden. Es ist eine Kernaufgabe der kommunalen Grundstücks- und Wohnungspolitik, die vorhandenen Ressourcen allen Interessenten offen anzubieten und so einen sozial ausgewogenen Wohnungs- und Grundstücksmarkt zu sichern. Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Der Wunsch nach freistehenden Einfamilienhäusern ist deutlich größer als das Angebot. Deshalb muss es auch Aufgabe der Kommune sein, Bauland für diesen Markt bereitzustellen – ebenso wie Flächen für Mietwohnungen. Die Bauleitplanung bietet dafür ausreichend Instrumente, um gleichzeitig einen unverhältnismäßigen Flächenverbrauch zu verhindern. Unser Ziel ist klar: Eine Stadtentwicklung ohne ideologische Scheuklappen – für Wahlfreiheit, Durchmischung und einen fairen Markt, der allen Wohnformen Raum gibt.

Thema	Nr.	Frage	FDP Paderborn
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Energiearmut entsteht vor allem durch hohe Energiepreise – und diese werden in Deutschland aktuell durch Bürokratie und Überregulierung künstlich nach oben getrieben. Ein Beispiel sind die massiven Hürden bei Photovoltaikanlagen auf Gemeinschaftsdächern von Eigentümergemeinschaften: Dadurch wird verhindert, dass auch Mieterinnen und Mieter direkt mit günstigem Solarstrom versorgt werden. Wir wollen diese Hemmnisse abbauen und so den Zugang zu bezahlbarer Energie erleichtern. Statt neue Subventionstöpfe aufzulegen, setzen wir auf weniger Regulierung, mehr Wettbewerb und eine kosteneffiziente Energieversorgung. Denn jede Kilowattstunde, die günstiger und unbürokratisch bereitgestellt werden kann, schützt auch Mieter, die von steigenden Preisen besonders betroffen sind.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Fernwärme ist bereits heute durch die »Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV)« streng reguliert und wird regelmäßig angepasst. Eine zusätzliche kommunale Preisaufsicht halten wir daher nicht für den richtigen Weg – sie schafft nur mehr Bürokratie, ohne das Grundproblem zu lösen. Stattdessen wollen wir mehr Wettbewerb ermöglichen: Potenziale sehen wir vor allem im Bereich dezentraler Nahwärme und privat betriebener KWK-Anlagen. Diese können als echte Alternative die Marktmacht einzelner Versorger begrenzen und damit auf natürlichem Weg für fairere Preise sorgen.

Thema	Nr.	Frage	FDP Paderborn
Wohnen für älteren Menschen	10	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ist differenziert zu betrachten: Seniorinnen und Senioren verfügen im Durchschnitt über 42% mehr Wohnfläche als jüngere Generationen, und auch die Eigentumsquote ist deutlich höher. Das Problem liegt daher weniger in einer generellen Unterversorgung, sondern vielmehr in der Frage, ob Wohnungen den veränderten Bedürfnissen im Alter gerecht werden. Unser Ziel ist es, Wohnraum flexibler zu gestalten und generationengerecht weiterzuentwickeln. Dazu gehören barrierearme Umbauten, neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser oder betreutes Wohnen im Quartier sowie eine Stadtplanung, die kurze Wege und gute Anbindung an den ÖPNV sicherstellt. So können ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld wohnen – und zugleich wird Wohnraum für andere Generationen besser genutzt.
	11	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die Versorgung bedürftiger Menschen mit bezahlbarem Wohnraum ist eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss dauerhaft gesichert sein. Gleichzeitig ist klar: Die kommunale Haushaltslage setzt enge Grenzen. Deshalb braucht es eine effiziente Verwendung öffentlicher Mittel, klare Prioritäten und eine Konzentration auf das Wesentliche – nämlich die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum für diejenigen, die ihn am dringendsten benötigen. Nur wenn wir solide wirtschaften, können wir diesen Anspruch auch langfristig einlösen.

Thema	Nr.	Frage	FDP Paderborn
Wohnen für junge Menschen	12	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Für junge Menschen, Auszubildende und Studierende gibt es in Paderborn bereits ein breites Angebot an Wohnheimen und privaten Vermietungen, vor allem in Uni-Nähe. Viele private Vermieter tragen wesentlich dazu bei, günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen – oftmals bewusst unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete. Genau hier liegt aber ein Problem: Das Finanzamt unterstellt in solchen Fällen schnell eine »fehlende Gewinnerzielungsabsicht«. Die Folge ist, dass notwendige Ausgaben – etwa für Instandhaltung oder Modernisierung – steuerlich nicht mehr absetzbar sind. Das mindert die Attraktivität, überhaupt weiterhin zu vermieten, und kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass Wohnungen leer stehen, obwohl sie dringend gebraucht würden. Wir wollen deshalb die Rahmenbedingungen so verändern, dass günstige Vermietung nicht bestraft wird. Unser Ziel ist es, private Vermieter zu entlasten, Leerstand zu vermeiden und jungen Menschen so mehr bezahlbaren Wohnraum zu sichern.
	13	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die kommunale Haushaltssituation wirkt sich auch auf den Wohnungsmarkt für junge Menschen aus. Investitionen in studentischen und auszubildenden Wohnraum sind eine öffentliche Aufgabe, die jedoch durch enge finanzielle Spielräume nicht beliebig ausgeweitet werden kann. Umso wichtiger ist es, private Anbieter als starke Partner zu erhalten. Gerade sie stellen einen großen Teil des günstigen Wohnraums in Uni-Nähe bereit. Wenn diese durch steuerliche Benachteiligung oder übermäßige Auflagen abgeschreckt werden, führt das nicht nur zu Leerständen, sondern belastet auch den kommunalen Haushalt, weil die öffentliche Hand dann verstärkt einspringen müsste. Unser Ziel ist deshalb, die Attraktivität privater Vermietung zu sichern, sodass ausreichend Wohnraum für junge Menschen entsteht – ohne dass die Stadt zusätzliche, dauerhafte Ausgaben tragen muss.

Thema	Nr.	Frage	FDP Paderborn
Wohnen für kinderreiche Familien	14	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Es ist kein Geheimnis: Je größer die Familie, desto größer ist die Hürde auf dem Wohnungsmarkt. Aus unserer Sicht ist es in erster Linie Aufgabe des Bundes, durch verlässliche Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass Familien überhaupt in die Lage versetzt werden, Wohneigentum zu erwerben. Denn Eigentum ist die beste Altersvorsorge und schafft langfristige Sicherheit. Kommunalpolitisch können wir diese Aufgabe ergänzen – etwa indem wir Grundstücke in begrenztem Umfang über ein transparentes Punktesystem vergeben, das Familien mit mehreren Kindern berücksichtigt, sofern sichergestellt ist, dass auch andere junge Erwachsene die Möglichkeit zum Erwerb bekommen.
	15	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Städte wie Paderborn müssen sorgsam abwägen, wie viele Mittel für eine gezielte Grundstücksvergabe bereitgestellt werden können. Wichtig ist, dass solche Maßnahmen sozial ausgewogen erfolgen und nicht zu dauerhaften Belastungen des städtischen Haushalts führen. Unsere Priorität ist es, den vorhandenen Spielraum so einzusetzen, dass er für die Betroffenen – also auch kinderreiche Familien – tatsächlich einen Unterschied macht.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Paderborn
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Bei allen Forderungen und Anträgen, die wir als Ratsfraktion in den vergangenen Jahren gestellt haben, lautete nahezu unisono die Antwort immer: Das ist mit dem vorhandenen Personal nicht umsetzbar. Die Bauverwaltung insgesamt und insbesondere das Bauordnungsamt sind in den letzten Jahren personell sehr geschwächt worden. Das wollen wir ändern und für eine vernünftige Personalausstattung sorgen, damit die Kontrollaufgaben auch erfüllbar sind.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Wohnen wird immer stärker zur sozialen Frage. Neben den strategischen Neubauplanungen auf den Konversionsflächen in Paderborn (Alanbrooke 800 Wohnungen, Dempsey 300, Zukunftsquartier Barker für 7.000 Menschen) brauchen wir eine, vor allem auf Brachflächen und eine Leerstandsnutzung. Deshalb haben wir ein Leerstandskataster gefordert und sind auch für das Baugebot nach Baugesetzbuch bei baureifen Grundstücken. Wir brauchen auch eine Zweckentfremdungssatzung gem. § 12 WohnStG NRW um ein Steuerungsinstrument um der Vernichtung von Wohnraum durch AirBnB entgegen zu wirken. Für Kommunen war das kommunale Vorkaufsrecht bislang ein wichtiges Mittel, um Spekulationen am Wohnungsmarkt zu verhindern und die Mieterschaft vor stark steigenden Preisen und Verdrängung zu schützen. Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts haben Städte in Deutschland eines ihrer wichtigsten Instrumente verloren, um Spekulanten, steigenden Mieten sowie Verdrängung von Mietern entgegenzuwirken. Die reine Annahme, dass Käufer Mieter aus ihren Wohnungen verdrängen könnten, reicht damit nun aktuell nicht mehr aus. Sowohl der Deutsche Mieterbund als auch der Städtetag fordern und unterstützen die Wiedereinführung des kommunalen Vorkaufsrechts. Das sehe ich genau so. Die politischen Voraussetzungen für eine gesetzliche Regelung sind derzeit allerdings schlecht.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Paderborn
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen – auch im Kreis Paderborn – verschlechtert sich ständig. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt kontinuierlich, weil laufend Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Preiswerter Wohnraum bleibt Mangelware, weil die Mieten in den letzten Jahren explodiert sind. Dies gilt insbesondere für Neuvermietungen, deren Mieten auch in Paderborn Rekordwerte erreichen. Menschen mit niedrigem Einkommen werden damit aus bestimmten Wohngebieten verdrängt. Personen mit Handicaps oder sozialen Problemen haben kaum noch Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt. Notwendig ist dringend mehr öffentlich geförderter Wohnraum. Die Linke fordert weitere strukturelle Maßnahmen gegen überbezahlte Mieten und fehlenden Wohnraum, unter anderem die Förderung kommunaler Wohnungsgesellschaften, die Unterstützung gemeinschaftlicher Wohnformen und Genossenschaften sowie aktives Vorgehen gegen spekulativen Leerstand und eine Sozialquote für 50% aller Neubaugebiete. Dafür müssen allerdings bei Bund und Land die Fördermittel deutlich aufgestockt werden. Es gibt die Möglichkeit, über finanzielle Anreize, Vermieter dazu zu bewegen, die Sozialbindung aufrecht zu erhalten. Auch das Förderprogramm zur Vermietung an Menschen mit Handicaps läuft in Paderborn. Die Bereitschaft auf Vermieterseite ist allerdings gering.
Thema: Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Mit der Gründung der »Wohnungsgesellschaft Paderborn« ist die Stadt endlich als kommunaler Player am Wohnungsmarkt in Erscheinung getreten. Auf der ehemaligen Alanbrooke-Kaserne entstehen 380 kommunale Wohnungen, davon 270 geförderte. Auf den beiden anderen Konversionsflächen werden weitere kommunale Wohnungen entstehen. In dieser Situation macht es für die Stadt aus meiner Sicht keinen Sinn, über eine kommunale Genossenschaft nachzudenken. Das sieht auf Kreisebene schon wieder ganz anders aus. Grundsätzlich unterstütze ich natürlich den Genossenschaftsgedanken. Der Bau- und Sparverein ist mit seinen rund 3.000 Wohnungen ja auch ein positives Beispiel.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Paderborn
Thema: Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Boden ist nicht vermehrbar und sollte daher zur Stärkung der Gemeinwohlorientierung in kommunaler Hand bleiben. Boden ist eine wichtige und nicht vermehrbare Ressource, die überwiegend dem freien Markt entzogen werden muss. Paderborn sollte die Kontrolle über den verfügbaren Boden behalten und Bodenspekulation verhindern oder abschöpfen (Bsp. über eine Grundsteuer C). Eine dem Gemeinwohl verpflichtete Boden- und Liegenschaftspolitik ist entscheidend. Es ist völlig richtig, kommunale Grundstücke im Wege der Erbbaupacht zu vergeben. Derzeit wird in Paderborn allerdings eine gegenteilige Politik betrieben. Erbbaugrundstücke werden jetzt an die Erbbaunehmer verkauft. Das haben wir im Rat abgelehnt. Wir wollen keine neuen Wohnbaugebiete und damit den Flächenfraß stoppen, mit all seinen ökologischen und infrastrukturellen Folgen. Die Linke macht sich dafür stark, die Flächen der BIMA zu erwerben. Derzeit scheitert das in den meisten Fällen an den horrenden Preisvorstellungen der BIMA.
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Die Vergabe von öffentlichen Grundstücken sollte nicht mehr nach dem Höchstpreisprinzip erfolgen, sondern nach Konzept und vorrangig für den Bau von Sozial- bzw. bezahlbaren Mietwohnungen. Die Grundstücksvergabe sollte vorrangig per Erbbaurecht erfolgen. Paderborn hat in den letzten Jahrzehnten eine Bodenvorratspolitik betrieben und da, wo sich die Möglichkeit ergab, auch Grundstücke erworben. Das hat ja zur Ausweisung neuer Wohnbaugebiete geführt (Springbachhöfe, Brukterer Weg, Dr. Rörig-Damm, Winkelndland etc). Mit den drei Konversionsflächen (Alanbrooke, Dempsey und Barker) stehen etwa 100 ha weiterer Flächen zur Verfügung.
Flächenverbrauch	8	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Unser Schwerpunkt liegt eindeutig auf dem Geschosswohnungsbau. Wenn der Wohnungsbedarf nicht anders gedeckt werden kann, muss im Zweifel in die Höhe gegangen werden.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Paderborn
Energiearmut von Mieterhaushalten	9	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Die Entscheidung der Bundesregierung, die Energiekosten nur für Konzerne zu senken ist skandalös. Die Stadtwerke werden demnächst mit einem interessanten Contracting-Angebot für Photovoltaik an den Markt gehen. Spät zwar, aber immerhin. Mit einem Mietkosten-Check helfen wir bundesweit ganz konkret die Energierechnung zu prüfen. In vielen Fällen sehr erfolgreich.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	10	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Grundsätzlich stehe ich der Fernwärme sehr positiv gegenüber. Sie spielt aber in Paderborn kaum eine Rolle. Eine demokratische Kontrolle ist am besten über kommunale Stadtwerke zu organisieren. Deshalb bin ich auch für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung.
Wohnen für älteren Menschen	11	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Das große Thema ist »Barrierefreiheit« bei einer älter werdenden Bevölkerung. Das Angebot an seniorenrechtlichem Wohnraum ist zu niedrig. Es gibt eine wachsende Bereitschaft bei älteren Menschen, ihre zu groß gewordenen Wohnungen zu tauschen, wenn die Bedingungen stimmen. Hier wollen wir gezielt kommunale Beratungs- und Unterstützungsangebote ansetzen, damit Umzüge im gewohnten Quartiersumfeld möglich werden. Zur zweiten Frage allgemein, auch für die nächsten Fragen: Wenn zukünftig immer mehr Geld in die Rüstung gesteckt wird, fehlt es woanders. Von den 500 Mrd. geplanten Infrastrukturmitteln muss ein Großteil in die Wohnbauförderung fließen. Die Kommunen können allein die anstehenden Aufgaben nicht stemmen.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Paderborn
Thema: Wohnen für junge Menschen	11	»Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Auf dem Gelände der ehemaligen Alanbrooke-Kaserne entstehen jetzt in den historischen Gebäuden zwei Azubi-Wohnheime, die auch für Studis geöffnet werden. In Trägerschaft der Wohnungsbaugesellschaft Paderborn kann man sich auch gut kommunale Studierendenwohnheime vorstellen. Zur 2. Frage s.o.
Wohnen für kinderreiche Familien	12	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Bei allen Neubauprojekten fordern wird nicht nur eine Förderquote von 50 % sondern auch einen Wohnungsgrößen-Mix. Eine ausreichende Zahl an größeren Wohnungen muss mitgeplant werden. Bei den neuen Wohnungen im Alanbrooke-Quartier ist das auch vorgesehen. Übrigens gehört dazu auch eine aktiv, durch die Kommune unterstützte, Quartiersarbeit, weil es auch um den sozialen Zusammenhalt in den Wohngebieten geht.

Thema	Nr.	Frage	Volt Paderborn
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Wir planen, eine zentrale Stelle einzurichten, an die Fälle von Leerstand digital gemeldet werden können. Im nächsten Schritt soll die Stadt auf die Besitzer zugehen und Unterstützung leisten, um eine erneute Vermietung zu erleichtern, z. B. durch Anmietung und Vermietung oder als Garantgeber. Manchmal scheitert es nur an der Angst vor Mietnomaden. Wir wollen uns dafür an der Stadt Karlsruhe orientieren, sie hatte mit dem Anmietungsmodell im gewerblichen Bereich Erfolg.
Baugesetzbuch – Milieuschuttsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschuttsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Ja.
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Wir streben eine Entspannung der Wohnungsknappheit für alle an. Die konkreten Maßnahmen sind in unserem Wahlprogramm zu finden.
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Investitionszulagen aus Haushaltsmitteln sehen wir kritisch, aber wir planen eine vergünstigte Abgabe von öffentlichen Baugrundstücken an Genossenschaften, die ein gutes Wohnkonzept ausgearbeitet haben und viel bezahlbaren Wohnraum schaffen. Ein Beispiel dafür sind die Flächen an der Florianstraße.
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Wir möchten verhindern, dass Bauland in bereits erschlossenen Gebieten gekauft und nicht genutzt wird. Um das zu verhindern, planen wir die Einführung einer Grundsteuer C für brachliegende Grundstücke und die Zahlung von Kanalanschlussgebühren auch für nicht bebaute Baugrundstücke. Baupflichtsatzung.

Thema	Nr.	Frage	Volt Paderborn
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Wir haben nicht vor, immer weitere Baugebiete auszuweisen, sondern wir streben eine Verdichtung der bereits erschlossenen Gebiete an. Das Instrument des Erbbaus möchten wir bei der Vergabe von Grundstücken dem Verkauf vorziehen. Mehr dazu finden Sie in unserem Wahlprogramm.
Flächenverbrauch	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln?	Der Geschosswohnungsbau ist zu bevorzugen, kleine Wohnungen bieten effizientere und flexiblere Nutzungsmöglichkeiten in einer Zeit der Wohnungsknappheit.
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Der CO ₂ -Preis, den Vermieter zahlen muss steigen.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Paderborn braucht klimafreundliche Fernwärmenetze. In den Verträgen soll festgehalten werden, dass die Wärmebelieferung stets günstiger sein muss als die Referenzheizung Luft-Luft Wärmepumpe. Mit einer solchen Regelung haben die Menschen in Dänemark gute Erfahrungen gemacht.

Thema	Nr.	Frage	Volt Paderborn
Wohnen für älteren Menschen	10	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Bürokratieabbau schafft mehr Wohnraum: Wir wollen die Stellplatzverordnung abschaffen und eine Nachverdichtung der Stadt anstreben. Dabei soll der Fokus mehr auf kleinen barrierefreien Wohnungen und nicht auf Einfamilienhäusern liegen. Mehr dazu in unserem Wahlprogramm.
	11	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Zusätzlich wollen wir eine Anlaufstelle schaffen, an die sich ältere Personen wenden können, und Unterstützung bei der Suche und dem Umzug in eine barrierefreie Wohnung bekommen. Damit kann unser Wohnraum effizienter und besser an die Lebensphasen angepasst genutzt werden.
Wohnen für junge Menschen	12	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Volt Paderborn: Bürokratieabbau schafft mehr Wohnraum: Wir wollen die Stellplatzverordnung abschaffen und eine Nachverdichtung der Stadt anstreben. Dabei soll der Fokus mehr auf kleinen barrierefreien Wohnungen und nicht auf Einfamilienhäusern liegen. Mehr dazu in unserem Wahlprogramm.
	13	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	
Wohnen für kinderreiche Familien	14	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Bürokratieabbau schafft mehr Wohnraum: Wir wollen die Stellplatzverordnung abschaffen und eine Nachverdichtung der Stadt anstreben. Dabei soll der Fokus mehr auf kleinen barrierefreien Wohnungen und nicht auf Einfamilienhäusern liegen. Mehr dazu in unserem Wahlprogramm.
	15	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Zusätzlich wollen wir eine Anlaufstelle schaffen, an die sich ältere Personen wenden können, und Unterstützung bei der Suche und dem Umzug in eine barrierefreie Wohnung bekommen. Damit kann unser Wohnraum effizienter und besser an die Lebensphasen angepasst genutzt werden.

Thema	Nr.	Frage	AfD Paderborn
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Bereits heute besteht die Möglichkeit, zum Beispiel beim Amt für Bauen und Wohnen der Stadt Paderborn, per E-Mail Fälle zu melden, die relevant für die Wohnungsaufsicht sein könnten. Diese Möglichkeit könnte man durch Einrichtung eines Meldeportals oder einer App erleichtern, mit dem die Ämter niederschwelliger auf Fehlnutzungen oder Verwahrlosungen hingewiesen werden können. Allerdings ist bei solchen Portalen dann zu beobachten, ob diese auch verantwortungsvoll genutzt werden oder für persönliche Animositäten, z.B. unter Nachbarn, missbraucht werden.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Kommunen sind nicht besser geeignet als private Akteure, die Nachfrage nach Wohnungen zu befriedigen. In einer sozialen Marktwirtschaft sollte die Marktteilnahme vor allem durch private Investoren gestaltet werden, nicht durch die öffentliche Hand. Denn dadurch werden auch finanzielle Mittel der öffentlichen Hand gebunden, die dann im Gegenzug für andere kommunale Anliegen fehlen. Die Ausnahme besteht, wenn ein besonderes öffentliches Interesse an dem Erwerb bestimmter Immobilien besteht, zum Beispiel durch eine öffentliche Nutzung oder für den Erhalt eines für die Gemeinde bedeutenden Baudenkmals.
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Der bisherige soziale Wohnungsbau ist gescheitert. Nur ein Teil der Berechtigten kann mit einer Sozialwohnung versorgt werden. Neubauten werden zu den gegenwärtigen Baupreisen zu einem massiven Zuschussgeschäft. Fehlbelegungen durch Mieter, die nach dem Einzug deutlich mehr verdienen, verursachen enorme Kosten für den Steuerzahler. Ein besseres Instrument ist die Unterstützung einkommensschwacher Mieter durch Wohngeldzahlungen und eventuell ein zusätzliches kommunales Wohngeld. Auf diese Weise bleibt auch eine soziale Durchmischung der Stadtquartiere gewährleistet, was der Gettobildung entgegenwirkt.

Thema	Nr.	Frage	AfD Paderborn
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Die Zuweisung und Bereitstellung von Bauland durch die öffentliche Hand bedarf der Einzelfallprüfung. Grundsätzlich ist gegen eine kostengünstige Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen nichts einzuwenden. Es müssen aber soziale, ökologische und städtebauliche Aspekte in diese Vergabe einfließen. Das heißt, es sollten nicht wahllos wertvolle Grünflächen für Großbauprojekte geopfert werden.
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Innerstädtische Brachflächen sollten durch Kontaktaufnahme mit den Eigentümern und Angebote zur Förderung von Bautätigkeiten entwickelt werden. Im Falle von Verwahrlosung können auch Zwangsmaßnahmen folgen. Bauland auf der „grünen Wiese“ sollte angesichts des enormen Wachstumsdrucks unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und städtebaulicher Aspekte ausgewiesen werden. Alteigentümer von Grundstücken, die Bauland werden, sollten nicht mit zusätzlichen Abgaben belastet werden. Es obliegt ihnen, innerhalb der marktwirtschaftlichen Strukturen, ihre Grundstücke zu entwickeln, zu verkaufen oder als Grün- bzw. Landwirtschaftsfläche zu belassen. Käufer von Bauland in städtischem Besitz sollten hingegen durch Vertragsklauseln zur Bebauung verpflichtet werden, um Bodenspekulation vorzubeugen.
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Generell stehen wir neben dem Verkauf von Grundstücken auch der Vergabe via Erbbaurecht positiv gegenüber.

Thema	Nr.	Frage	AfD Paderborn
Flächenverbrauch	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln?	Aufgrund der in der Frage genannten begrenzten Flächen in der Stadt besteht schon aus Gründen der effektiven Bodennutzung und der Baukosten der Fokus auf dem modernen Geschosswohnungsbau. Dieser kann sowohl Mietwohnungen als auch Eigentumswohnungen enthalten. Wichtig ist dabei eine möglichst geschlossene Blockrandbebauung, da durch diese auch die beste Energieeffizienz erreicht wird. Einfamilienhäuser sind in dicht besiedelten Großstädten sehr kostenintensiv, somit nicht die erste Wahl zur Lösung der Wohnungskrise, sollten aber auch nicht generell untersagt sein, zumal es auch kompakte Möglichkeiten des Einfamilienhausbaus gibt, z.B. Reihenhäuser.
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Die Stromkosten sind beispielsweise seit 2015 um 25 Prozent gestiegen. Das belastet Mieter enorm, ebenso aber auch Eigentümer von Wohnungen oder Häusern. Hinzu kommen die von der regierenden Politik eingeführten Abgaben auf Heizenergien wie Gas und Öl. Schuld an der Steigerung der Warmmiete sind also weniger die Vermieter und die Kaltmieten, als vielmehr die Explosion der Mietnebenkosten, vor allem bei der Heizung. Aus diesem Grund sind wir für deutliche Steuerentlastungen der Bürger durch Senkung der Steuern auf Strom, Gas und Öl. Die CO ₂ -Abgabe sollte zudem ersatzlos gestrichen werden.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Fernwärme darf nicht zur Kostenfalle werden. Deshalb ist gegen eine kommunale Preisaufsicht nichts einzuwenden. Allerdings fordern wir die Entscheidungsfreiheit der Bürger darüber, mit welcher Energiequelle sie heizen möchten.

Fragenkatalog zur Kommunalwahl 2025

Thema	Nr.	Frage	AfD Paderborn
Wohnen für älteren Menschen	10	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Ältere Menschen verfügen meist über eine Wohnung. Allerdings wird der Wohnungswechsel erschwert, weil es keine kostengünstigen Alternativenangebote auf dem Markt gibt und auch die altersgerecht bzw. barrierefrei gebauten Wohnungen nur begrenzt zu finden sind. Aus diesem Grund ist in einer alternden Gesellschaft eine gezielte Förderung für altersgerechten Wohnraum unerlässlich.
	11	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	
Wohnen für junge Menschen	12	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Die Versorgung von Auszubildenden und Studenten mit Wohnraum ist unzureichend. Damit sind sie aber nur eine soziale Gruppe neben anderen, die ebenfalls derzeit große Probleme bei der Wohnungssuche haben. In der Gruppe der Auszubildenden und Studenten ist nach einer möglichen Zweckentfremdung von Wohnheimen zu forschen und diese abzustellen. Weiterhin muss die Politik in einen verstärkten Austausch mit den Betreibern von Wohnheimen treten, um diese besser bei der Schaffung von Wohnraum unterstützen zu können. Insgesamt würden junge Menschen von mehr Wohnungsbau und einer Entspannung des Mietwohnungsmarktes profitieren, weshalb die Politik grundsätzlich bei den baukostentreibenden Standards ansetzen muss.
	13	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	

Thema	Nr.	Frage	AfD Paderborn
Wohnen für kinderreiche Familien	14	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Kinderreiche Familien gehören auch deshalb zu den „Sorgenkindern“ am Wohnungsmarkt, weil sie gegen den Trend der Gesellschaft laufen. In dieser wachsen die Single-Haushalte, somit bei Neubauten auch der Bedarf an kleinen Wohnungen oder gar Mikro-Apartments. Kinderreiche Familien haben hingegen Bedarf für große Wohnungen oder Einfamilienhäuser. In NRW ist der Anteil der in überbelegten Wohnungen lebenden Personen in städtischen Gebieten deutlich höher als in ländlichen Gebieten. Der Markt benötigt deshalb Impulse zur Schaffung von Wohnraum für kinderreiche Familien. Möglich sind Erbpachtmodelle, bei denen die Kinderzahl berücksichtigt wird. Wir befürworten ganz grundsätzlich die allgemeine Senkung der Grunderwerbsteuer, die in NRW deutschlandweit auf einem Spitzenwert liegt, sowie die Befreiung von der Grunderwerbsteuer bei selbstgenutztem Wohneigentum. Hiervon würden viele, auch kinderreiche Familien profitieren, die sich den Traum vom Eigenheim im Umland erfüllen möchten.
	15	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Die Wohnungsaufsicht ist ein wichtiges Instrument, um sicherzustellen, dass Wohnraum in einem angemessenen Zustand bleibt und Verwahrlosung von Wohnsiedlungen frühzeitig erkannt und bekämpft wird. Wir als SPD-Ratsfraktion sehen hier Handlungsbedarf und möchten uns dafür einsetzen, dass das Bauamt dieses Instrument noch gezielter und effektiver nutzen kann. Die SPD in Detmold setzt hier, analog dem Stuttgarter Modell auf ein frühzeitiges Einschreiten der Verwaltung, um den Verfall früh zu stoppen, anstatt zu spät zu reagieren. Die Beratung soll hier als erstes Mittel und ein wirklicher Eingriff als zweites Mittel angewendet werden. Neben der personellen Ausstattung und der Schulung von Mitarbeitern des Bauamtes, gehört auch die Einführung moderner Erfassungssysteme für die systematische Dokumentation problematischer Wohnsiedlungen zu den Voraussetzungen und um Hinweisen auf Verwahrlosung nachgehen zu können und gezielte Maßnahmen zu initiieren. Die SPD in Detmold wird sich für die Bereitstellung der dafür erforderlichen finanziellen Mittel einsetzen.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Die SPD in Detmold ist sehr dafür, dass Gemeinden das kommunale Vorkaufsrecht ausüben können. Gerade in Zeiten, in denen Spekulationen mit Wohnraum und renditeorientierte Verkäufe zunehmen, ist das Vorkaufsrecht ein zentrales Instrument, um der Herausbildung exklusiver Milieus und der Verdrängung von an-gestammten Bewohnerinnen und Bewohnern entgegenzuwirken. Das Detmolder Modell, das bei der Umwandlung der Britensiedlung in Wohnraum erfolgreich umgesetzt wurde, zeigt, wie Kommunen gemeinsam mit Genossenschaften und den Menschen vor Ort bezahlbaren Wohnraum sichern, Spekulationen und der Bildung von exklusiven oder im anderen Fall von prekären Milieus vorbeugen können. Durch die Übernahme der Siedlung durch eine Genossenschaft und die aktive Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner wurde verhindert, dass die Immobilien in die Hände von Investoren gelangen, die ausschließlich auf Gewinnmaximierung aus sind. So konnte die soziale Durchmischung erhalten und die Bildung exklusiver Milieus verhindert werden. Wir möchten innovative Modelle wie das Detmolder Genossenschaftsmodell fördern. Diese Mittel sehen wir als wirksame Alternative zu einer Erhaltungssatzung, um Spekulationen mit Wohnraum wirksam zu begegnen und die soziale Vielfalt zu bewahren und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum langfristig zu sichern.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Ein attraktives, vielfältiges, bezahlbares und bedarfsgerechtes Wohnungsangebot für alle Bevölkerungsschichten und Einkommensklassen ist entscheidend für die soziale Stadtgesellschaft und für ein soziales, lebenswertes Detmold. Die SPD in Detmold will, dass Wohnraum bezahlbar bleibt. In den letzten zehn Jahren ist die Anzahl sozial geförderter Wohnungen um rund 13 Prozent gesunken – eine Entwicklung, die wir nicht hinnehmen können. Sozialer Wohnungsbau ist ein wichtiges Instrument, um das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auszugleichen und damit ein harmonisches Zusammenleben zu sichern. Die SPD in Detmold hat erreicht, dass der Bedarf an Sozialwohnungen systematisch ermittelt wird. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf und setzen uns aktiv für mehr Sozialen Wohnungsbau ein. Der Erhalt und der Neubau von Sozialwohnungen sind für uns als SPD zentrale Ziele der kommunalen Wohnungspolitik. Unser Anspruch ist es, dass alle Menschen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenssituation – Zugang zu bezahlbarem und gutem Wohnraum haben. Gerade in Zeiten steigender Mieten und wachsender Nachfrage ist es unsere Aufgabe, den sozialen Wohnungsbau zu stärken und bestehende Sozialwohnungen zu erhalten. Es erfolgte schon ein Neubau im sozialen Wohnungsbau durch die Stadt Detmold in der Felix-Fechenbach-Straße. Ein weiteres Beispiel für erfolgreiche Maßnahmen ist die Entwicklung der alten Britensiedlung in Detmold. Hier konnten durch das Engagement der Stadt und in Zusammenarbeit mit einer Genossenschaft insgesamt 160 neue, bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Dieses Projekt zeigt, wie durch innovative Modelle und die enge Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort sozialer Wohnraum gesichert und ausgebaut werden kann. Um unsere Ziele zu erreichen, setzen wir auf verschiedene Maßnahmen: Wir wollen kommunale Grundstücke bevorzugt für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen, die Zusammenarbeit mit Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Trägern ausbauen und Förderprogramme für den Neubau und die Sanierung von Sozialwohnungen konsequent nutzen. Gleichzeitig setzen wir uns für den langfristigen Erhalt der Sozialbindung ein, damit bezahlbarer Wohnraum nicht nach wenigen Jahren wieder dem freien Markt überlassen wird. Unser Ziel ist es, den Anteil an Sozialwohnungen in unserer Stadt deutlich zu erhöhen und bestehende Quartiere sozial durchmischt und lebenswert zu gestalten – so wie es uns in der Britensiedlung in Detmold gelungen ist.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Die SPD in Detmold ist ausdrücklich bereit, den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch die vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke gezielt zu unterstützen. Gerade in Zeiten steigender Mieten und wachsender Wohnungsnot ist es unsere Aufgabe, den gemeinwohlorientierten Wohnungsbau zu stärken und bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zu sichern. Das Detmolder Genossenschaftsmodell, das wir als SPD in Detmold von Anfang an als besonders zielführend unterstützt haben, ist hierfür ein hervorragendes Beispiel: Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt, Genossenschaft und den Bewohnerinnen und Bewohnern konnten in der ehemaligen Britensiedlung zahlreiche bezahlbare Wohnungen geschaffen und langfristig gesichert werden. Die Bereitstellung städtischer Grundstücke zu fairen Konditionen und gezielte Investitionsanreize waren dabei zentrale Erfolgsfaktoren. Wir setzen uns daher weiterhin dafür ein, dass weiter öffentliche Flächen für genossenschaftliche Wohnungsbauprojekte genutzt werden. Gleichzeitig wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Investitionen in den sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau attraktiv bleiben – etwa durch langfristige Bindungen und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Genossenschaften und anderen Trägern. Unser Ziel ist es in Detmold dauerhaft bezahlbaren und guten Wohnraum für alle zu schaffen.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	In Detmold besteht ein Defizit an Wohnraum. Dabei ist es wichtig weiteren bezahl-baren Wohnraum zu schaffen. Aktuell sollen neue Wohnbauflächen in den Ortsteilen wie Pivitsheide VH, Spork-Eichholz, Heiligenkirchen und Heidenoldendorf entwickelt werden. Die Mobilisierung von Bauland und die Verhinderung von Bodenspekulation sind für uns als SPD in Detmold zentrale Bausteine einer sozialen und nachhaltigen Stadtentwicklung. Um Bauland zu mobilisieren, setzen wir auf eine aktive Bodenpolitik der Stadt. Das bedeutet, dass wir städtische Grundstücke gezielt für den sozialen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau bereitstellen und dabei auf eine nach-haltige Entwicklung achten. Wir wollen außerdem prüfen, ob ungenutzte oder untergenutzte Flächen aktiviert und für den Wohnungsbau erschlossen werden können. Als mögliches weiteres Modell um Bodenspekulation zu verhindern, sehen wir das Etablieren eine Baugebots. Darüber hinaus unterstützen wir den Erwerb, die Erschließung und die Vergabe städtischer Grundstücke. Eine Vergabe nach dem Erbbaurechtsmodell befürworten wir, um den Boden langfristig in öffentlicher Hand zu halten und Preisspekulationen entgegenzuwirken. Wir stehen für eine Bodenpolitik, die dem Gemeinwohl dient und Spekulationen mit Grund und Boden einen Riegel vorschiebt. Das ist unser Weg, um sicherzustellen, dass in Detmold auch in Zukunft ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle zur Verfügung steht.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Die SPD in Detmold befürworten ausdrücklich Konzeptvergabeverfahren, die nicht mit einem Verkauf der Fläche verbunden ist, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaurechts erfolgt. Ein solches Verfahren ermöglicht es, städtische Grundstücke gezielt nach sozialen, ökologischen und städtebaulichen Kriterien zu vergeben und langfristig in öffentlicher Hand zu halten. Durch die Vergabe im Erbbaurecht können wir die Grundlage schaffen, der Spekulationen mit Grund und Boden entgegenwirkt und die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt dauerhaft sichern. So können wir sicherstellen, dass Flächen für bezahlbaren Wohnraum, soziale Infrastruktur und gemeinwohlorientierte Projekte genutzt werden – und das auch für kommende Generationen. Wir sehen im Konzeptvergabeverfahren mit Erbbaurecht ein zukunftsweisendes Instrument, um die Stadtentwicklung im Sinne des Gemeinwohls zu steuern und die soziale Vielfalt in Detmold zu erhalten. Daher setzen wir uns dafür ein, dieses Verfahren in Detmold weiter auszubauen und konsequent anzuwenden.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Flächenverbrauch	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Die Schaffung neuer Wohnräume muss nachhaltig erfolgen. Deshalb möchte die SPD in Detmold auf Suffizienz-Ansätze setzen und ein Wohngebiet für kompakte, effiziente Wohnformen, die mit weniger Fläche auskommen und gemeinschaftlich genutzte Räume bieten, ausweisen. Durch Dachaufstockungen und Nachverdichtungen können wir zusätzlichen Wohnraum schaffen, ohne neue Flächen zu versiegeln. Bestehende Gebäude werden optimal genutzt und angepasst. Daher wird die SPD in Detmold anregen, dass die Detmolder Verwaltung prüft, diese Flächen zu ermitteln, um mögliche Ansätze für die Umsetzung darzustellen. Generell legen wir Wert auf eine nachhaltige Wohnbaustrategie: Innenentwicklung hat Vorrang vor der Erschließung neuer Außenflächen. Angesichts der begrenzten Flächen in unserer Stadt ist es für die SPD in Detmold wichtig, die vorhandenen Grundstücke so zu nutzen, dass möglichst viele Menschen von bezahlbarem Wohnraum profitieren. Deshalb setzen wir bei der Förderung, der Bereitstellung günstiger Grundstücke und in der Stadtentwicklung einen klaren Schwerpunkt auf modernen, mehrgeschossigen Mietwohnungsbau. Geschosswohnungsbau ermöglicht es, auf begrenztem Raum mehr Wohnungen zu schaffen und so den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum besser zu decken. Gleichzeitig trägt er zu einer nachhaltigen und lebendigen Stadtentwicklung bei, fördert die soziale Durchmischung und schont Flächenressourcen. Besonders in zentralen Lagen und bei der Entwicklung neuer Quartiere sehen wir daher den Geschosswohnungsbau als vorrangig an. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir den Bau von Einfamilienhäusern grundsätzlich ausschließen. Wo es städtebaulich sinnvoll ist, und der Bedarf besteht, werden wir auch weiterhin Möglichkeiten für Einfamilienhäuser schaffen – insbesondere in den Ortsteilen und am Stadtrand. Unser Hauptaugenmerk liegt jedoch darauf, mit modernen Miet- und Geschosswohnungen möglichst vielen Menschen ein Zuhause in Detmold zu ermöglichen. Seit Jahren folgt die SPD bei der Flächenpolitik dem Grundsatz, Verdichtung durch die Erschließung von Baulücke geht vor Flächenausweisung im Rand- und Außenbereich. Wobei klar ist, ohne die Erschließung von weiteren Baugebieten in Detmold wird der Wohnungsbedarf nicht zu decken sein. Wichtige Projekte wie „Urban Puls“, welches gezielt und gefördert in Zusammenarbeit mit der THOWL versucht Wohnflächen in der Innenstadt neu beleben, unterstützen die SPD in Detmold. Solche Projekte tragen dazu bei, den Flächenverbrauch durch Nutzung von Bestandsfläche zu reduzieren.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Die Unterstützung von Mieterinnen und Mietern, die von Energiearmut betroffen sind, ist uns als SPD in Detmold ein wichtiges Anliegen. Wir wissen, dass viele Menschen angesichts steigender Energiepreise vor großen Herausforderungen stehen. Die SPD in Detmold hat in der Vergangenheit die Bildung einer Budgetposition für Härtefälle im Detmolder Haushalt unterstützt. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Detmold die vorhandenen Unterstützungsleistungen auf Landes- und Bundesebene bestmöglich nutzt und die Betroffenen über diese Hilfsangebote wie zum Beispiel die Nutzung von Härtefallfonds, Möglichkeiten der Einzelfallhilfe als spezielle Unterstützungsprogramme für Menschen, die ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen können und die Möglichkeiten von Heizkostenkomponente im Wohngeld, soll umfassend informiert. Hier würde sich für die SPD in Detmold die Information über diese Angebote und Unterstützung bei der Beantragung im Detmolder Familien-Info-Zentrum bzw. im Detmolder Senioren-Info.-Zentrum anbieten. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren dafür zu sorgen, dass niemand in unserer Stadt aufgrund von Energiearmut allein gelassen wird.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Die SPD in Detmold möchte bezahlbare Wärme in allen Ortsteilen. Wir setzen auf Verdichtung bei der Fernwärme. Absehbar wird Gas und Öl als Heizträger rückläufig sein. Bereits jetzt sinkt der Gasabsatz jährlich um 5-7%. Wir müssen handeln, um diese Entwicklung positiv zu beeinflussen. Dabei kommt es aus unserer Sicht zum einen auf eine Erhöhung der Fernwärmeanschlussdichte im Innenstadtbereich an, gepaart mit einer transparenten und verlässlichen Preispolitik. Mit der klimaschonenden Fernwärme leisten die Stadtwerke Detmold bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende. Dieses Angebot muss dort, wo es wirtschaftlich darstellbar ist, ausgeweitet werden, insbesondere im Bereich der Innenstadt. Die Stadtwerke Detmold sind als Grundversorger für die Fernwärmeversorgung in unserer Stadt verantwortlich. Wir sehen es als großen Vorteil, dass die Fernwärmeversorgung in Detmold in kommunaler Hand liegt. Dadurch haben wir als Stadt bereits einen direkten Einfluss auf die Preisgestaltung und können sicherstellen, dass soziale und gemeinwohlorientierte Aspekte bei der Preisbildung berücksichtigt werden. Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich transparenter und fairer Fernwärmepreise sehr ernst. Die Forderung nach einer kommunalen Preisaufsicht verstehen wir als Ausdruck des Wunsches nach noch mehr Transparenz und Kontrolle. Da die Stadtwerke Detmold dem Rat und damit der demokratischen Kontrolle unterliegen, ist bereits eine Form der Preisaufsicht gegeben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Preisgestaltung weiterhin offen und nachvollziehbar bleibt und die Zusammensetzung der Preise transparent kommuniziert wird. Sollte sich zeigen, dass zusätzliche Instrumente zur Kontrolle und Transparenz notwendig sind, stehen wir als SPD-Ratsfraktion einer Weiterentwicklung der bestehenden Aufsicht offen gegenüber. Unser Ziel ist es, dass die Fernwärme in Detmold bezahlbar bleibt und die Preisgestaltung für alle nachvollziehbar ist.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Wohnen für ältere Menschen	10	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die SPD in Detmold möchte ein zukunftsfähiges und lebenswertes Detmold – mit bezahlbarem Wohnraum, nachhaltigem Bauen und einer Stadtplanung, die Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. In Detmold gibt es immer mehr ältere Menschen – inzwischen sind es 22,6 % über 65 Jahre. Viele von ihnen leben selbstständig und selbstbestimmt, aber einige brauchen Unterstützung. Deshalb hat die SPD in Detmold eine große Umfrage unter den Bürgern von Detmold angeregt Die Versorgung älterer Menschen mit bezahlbarem und geeignetem Wohnraum ist für uns als SPD-Fraktion ein zentrales Anliegen. Wir sehen, dass der Bedarf an barrierearmen, bezahlbaren und altersgerechten Wohnungen in Detmold weiter steigt, während das Angebot noch nicht ausreicht, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Besonders für ältere Menschen mit geringem Einkommen ist es oft schwierig, eine passende Wohnung zu finden. Betreutes Wohnen ist für die SPD in Detmold ein wichtiges Thema. Es bietet eine Vielzahl von Vorteilen, für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Personen, die Unterstützung im Alltag benötigen, aber dennoch selbstständig leben möchten. Daher ist es uns ein Anliegen, neben dem Angebot an kleineren Wohnungen auch betreutes Wohnen im Fokus zu behalten. Ein Angebot an kleineren Wohnungen und betreuten Wohnen schafft die Möglichkeit durch einen Wechsel von größeren Wohnungen und Häuser den Bestand an Wohnraum besser zu nutzen, z.B. für Familien in Detmold. Im aktuellen Wahlprogramm haben wir als Ziel auch neue Wohnformen / Wohnprojekte für Seniorinnen und Senioren. Mit Blick auf die kommunale Haushaltssituation ist uns bewusst, dass die finanziellen Spielräume begrenzt sind. Dennoch sehen wir es als unsere Aufgabe, die vorhandenen Mittel gezielt und effizient einzusetzen, um den sozialen Wohnungsbau und die Schaffung altersgerechter Wohnungen zu unterstützen. Wir setzen dabei auch auf Fördermittel von Land und Bund, um die kommunalen Investitionen zu ergänzen und die Belastung des Haushalts abzufedern. Insgesamt bleibt die Schaffung von bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum eine große Herausforderung, der wir uns mit Nachdruck widmen, damit ältere Menschen in Detmold auch in Zukunft gut und selbstbestimmt wohnen können.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Wohnen für junge Menschen	11	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studierenden, mit bezahlbarem Wohnraum ist für uns als SPD-Fraktion ein zentrales Anliegen. Wir wissen, dass gerade diese Gruppe auf dem Wohnungsmarkt oft vor großen Herausforderungen steht, da das Angebot an kleinen, günstigen Wohnungen begrenzt ist. Als Standort der TH OWL und der Musikhochschule ist Detmold Universitätsstadt. Damit fühlt sich die SPD in Detmold verpflichtet im Wohnungsbau die Gruppe der Studenten als Mieter zu unterstützen. Hinzu kommt, dass die in Detmold ansässigen Betriebe auch günstigen Wohnraum für Auszubildende benötigen, die nicht aus Detmold kommen. Ein besonders gelungenes Beispiel, wie bezahlbarer Wohnraum für Studierende geschaffen werden kann, ist die Entwicklung im ehemaligen Britenviertel. In 22 Reihenhäusern der ehemaligen Siedlung der britischen Streitkräfte an der Adenauerstraße und der Stauffenbergstraße konnten in Zusammenarbeit mit einer Genossenschaft 44 sehr günstige Studentenwohnungen realisiert werden, die für nur 220 Euro pro Monat möbliert vermietet werden. Dieses Modell zeigt, wie durch innovative Ansätze, kommunales Engagement und die Zusammenarbeit mit gemeinwohlorientierten Partnern attraktiver und bezahlbarer Wohnraum für junge Menschen entstehen kann. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Modelle auch in Zukunft weiterverfolgt und ausgebaut werden. Dazu gehört, bei Neubauprojekten und der Umnutzung von Bestandsgebäuden, auch gezielt Wohnraum für Auszubildende und Studierende zu schaffen. Auch die Nutzung von Fördermitteln des Landes und des Bundes bleibt für uns ein wichtiger Baustein. Im Falle der 44 Studentenwohnungen konnten Fördermittel der NRW Bank genutzt werden, das ist angesichts der angespannten kommunalen Haushaltssituation für uns besonders wichtig, durch Kooperationen und die Nutzung von Förderungen möglichst viel zu erreichen. SPD in Detmold wird weitere Möglichkeiten prüfen lassen, um Wohnraum für Studenten und Azubis zu erschwinglichen Preisen bereit stellen zu können und Detmold als Ausbildungs- und Studienstandort weiter zu stärken.

Thema	Nr.	Frage	SPD Detmold
Wohnen für kinderreiche Familien	12	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Die Familie ist der wichtigste Bestandteil unseres Lebens – sie prägt unser Streben und unsere Lebensplanung. In der Familie wird viel für den Einzelnen und die Gesellschaft geleistet. Familienfreundlichkeit ist heute ein bedeutender Standortvorteil. Leider stehen auch in Detmold kinderreiche Familien auf dem Wohnungsmarkt oft vor besonderen Herausforderungen, da größere und zugleich bezahlbare Wohnungen nur begrenzt verfügbar sind. Uns als SPD in Detmold ist bewusst, dass gerade Familien auf Unterstützung angewiesen sind, um ein passendes Zuhause zu finden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bei Neubauprojekten und der Sanierung von Bestandsgebäuden gezielt auch größere, familiengerechte und bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Ein wichtiger Ansatz ist es, bei der Vergabe städtischer Grundstücke auch soziale Kriterien zu berücksichtigen und bei der Erschließung von Wohngebieten gezielt darauf zu achten, dass auch familienfreundlichen Wohnraum geschaffen wird. Innovative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser oder gemeinschaftliche Wohnprojekte, die besonders für kinderreiche Familien attraktive Perspektiven bieten, sind hier Möglichkeiten, die wir auch in Detmold sehen. Die Nutzung von Fördermitteln des Landes und des Bundes für den sozialen Wohnungsbau ist für uns ein wichtiger Baustein, um die kommunalen Investitionen zu ergänzen. Die vorhandenen finanziellen Mittel gezielt einzusetzen und durch Kooperationen mit Partnern, z.B. in genossenschaftlichen Modellen, möglichst viel zu erreichen, erhöht die Chance für kinderreiche Familien in Detmold bezahlbaren und passenden Wohnraum zu finden.

Thema	Nr.	Frage	FDP Detmold
Alle Themen		Sehr geehrte Frau Nagel, vielen Dank für Ihren Fragenkatalog. Die meisten Ihrer Fragen überschreiten unsere örtliche Zuständigkeit (Gebiet der Stadt Detmold). Ich kann daher nur zwei konkrete Aussagen machen:	a) Bei der Ausweisung von Neubaugebieten achten wir als FDP-Fraktion im Rat der Stadt Detmold auf eine Durchmischung von Geschosswohnungs- und Einfamilienhaus-Bau, so dass für unterschiedliche Nachfrage-Situationen Angebote geschaffen werden. b) Bei der Umnutzung der ehemals militärisch genutzten Siedlungsgebiete (britische Streitkräfte) in Detmold haben wir als FDP-Fraktion im Rat der Stadt Detmold die Idee von genossenschaftlichen Wohnmodelle, an denen auch die Stadt Detmold beteiligt ist, unterstützt. Auf diesen Flächen sind auch eine Reihe von Sozialwohnungen neu entstanden, so dass es zu einer Entspannung des Mietwohnungsmarktes in Detmold gekommen ist. Im übrigen erfolgen die meisten Weichenstellungen für den (sozialen) Wohnungsbau bekanntlich auf Bundes- und Landesebene. Auch der Kapitalmarkt und mithin das Kreditzinsniveau haben einen deutlich größeren Einfluss auf die Entwicklung des Wohnungsmarktes als es kommunales Handeln jemals haben könnte. Mit freundlichen Grüßen Thomas Trappmann - Vorsitzender - FDP-Fraktion im Rat der Stadt Detmold

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Detmold
Sehr geehrte Damen und Herren, gern beantworten wir Ihre Fragen zu den wohnungsbaupolitischen Vorstellungen unserer Fraktion Bündnis90/Grüne Detmold. Im Vorfeld möchte ich anmerken, dass die politischen Handlungsmöglichkeiten des Rates einer Kommune in Wohnungsbaufragen begrenzt sind: • Es sind die Vorgaben des Baugesetzbuches und der Bauordnung zu beachten. Dabei nehmen wir mit Freude zur Kenntnis, dass in die Diskussion um die Regelung der LBauO auf Landesebene Bewegung kommt. • Kommunaler Wohnungsbau, insbesondere sozialer Wohnungsbau ist nicht möglich ohne entsprechende Fördermittel des Bundes und des Landes • Wohnungsbau ist in vielen Aspekten ein operatives Geschäft der Verwaltung oder der Wohnungsbaugesellschaften, auf die politisch nur begrenzt Einfluss genommen werden kann. • Auf diesem Hintergrund möchten wir Ihre Fragen wie folgt beantworten:			
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Die Wahrnehmung der Wohnungsaufsicht ist ein laufendes Geschäft der Verwaltung und politisch wenig zu beeinflussen. Der Rat kann im Rahmen der Haushaltsplanung bzw. des Stellenplans dafür Sorge tragen, dass für solche Aufgaben in der Bauverwaltung ausreichendes und qualifiziertes Personal vorhanden ist. Wir unterstützen eine in diese Richtung gehende Personalpolitik. Angesichts des auch in diesem Bereich gravierenden Fachkräftemangels besteht allerdings oft das Problem der Gewinnung von entsprechenden Mitarbeitenden.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass die Bereitstellung und Beschaffung von Bauland keine Aufgabe ist, die vollständig der Privatwirtschaft überlassen bleiben sollte. Aus unserer Sicht sollten die Kommunen bei der Beschaffung und Bereitstellung von Grund und Boden insbesondere für den Wohnungsbau eine starke Position haben. Wir setzen uns daher für alle rechtlichen und fiskalischen Instrumente ein, die es der Kommune ermöglicht für Wohnungsbau geeignete Flächen oder Tauschflächen zu erwerben. Ein kommunaler Flächenpool setzt die Stadt in die Lage, auf Ausgestaltung und Intensität, aber auch auf die soziale Bindung des Wohnungsbaus einen starken Einfluss zu nehmen.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Detmold
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Nachdem die Stadt Detmold jahrelang nicht als Akteur im Wohnungsbau aufgetreten war, hat sich dies in den letzten Jahren deutlich geändert. Es besteht die Bereitschaft und die Fähigkeit, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren, verschiedene Projekte sind zwischenzeitlich umgesetzt worden oder werden vorbereitet. Wir begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich, wir wünschen uns auch, ggfls. in Partnerschaft mit privaten Investoren, einen weiteren Ausbau. Eine Nennung von konkreten Planzielen ist dabei gegenwärtig nicht möglich. Hinsichtlich einer notwendigen Baukostensenkung setzen wir verstärkt auf modulares Bauen und werden versuchen, dies zu fördern. Gleichzeitig halten wir aber fest, dass im gesamten öffentlichen und öffentlich geförderten Baubereich die Grundsätze guter Architektur für uns leitend sind. Stichworte wie Energieeffizienz und Nachhaltigkeit, aber auch Funktionalität, Anpassung an die Umgebung sowie Proportionalität und Ästhetik sind uns wichtig.
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Wir begrüßen genossenschaftliche oder an genossenschaftlichen Grundsätzen orientierte alternative Wohnprojekte und wollen diese fördern. Den in letzter Zeit entstandenen Genossenschaften mit kommunaler Beteiligung stehen wir kritisch gegenüber. Die Regelungen des Genossenschaftsrechts, insbesondere die Verschwiegenheitspflicht von Aufsichtsratsmitgliedern stehen einer Kontrolle des Rates in sachlichen und finanziellen Fragen entgegen. Damit sind die Rechte des Rates im Vergleich zu anderen Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung deutlich eingeschränkt

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Detmold
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Um dem Flächenverbrauch entgegenzuwirken, liegt der Schwerpunkt unserer Wohnungspolitik eindeutig in der Innenentwicklung (Verdichtung, Nachverdichtung, Ausbau, Umnutzung und Flächenrecycling). Wir unterstützen alle Bemühungen, im besiedelten Bereich für diese Zwecke geeignete Immobilien zu erwerben und durch die Kommune oder durch private Investoren mit kommunaler Steuerung insbesondere für Wohn-, aber auch andere Zwecke zu entwickeln. Beispiele in Detmold aus jüngster Zeit sind die Entwicklung eines Gewerbegebietes auf der Fläche des ehem. Betonwerks Sander, die Entwicklung von Wohn- und Verwaltungsgebäuden auf dem ehemaligen Temde-Gelände, der Ankauf ehem. Britischer Militärsiedlungen sowie der Erwerb des Komplexes Hornsches Tor. Bei letztgenanntem wünschen wir uns eine stärkere Fokussierung auf innerstädtisches Wohnen. Sofern im Siedlungsrandbereich und Außenbereich raumplanerisch und ökologisch geeignete Flächen für Wohnbebauung vorhanden sind, sind wir bereit, solche Flächen durch die Kommune anzukaufen um eine Entwicklung weg von Teppichurbanisierung durch Einfamilienhaus-siedlungen zu ermöglichen. Dies gilt um so mehr, wenn solche Genossenschaften über die Organisation des Wohnens hinaus mit Aufgaben der Stadt- und/oder Quartiersentwicklung betraut werden und für Kommunen geltende Ausschreibungs- und Vergaberegeln umgehen sollen. In vielen Fällen dieser Genossenschaften existiert darüber hinaus eine unerfreuliche Verquickung mit der privaten Firma »Pyramis« (Anwaltskanzlei/Baufirma). Dabei bleibt offen, ob die Genossenschaft zum Wohle der Kommune oder einzelner Genossen wirtschaftet. Ein entsprechender kommunaler Flächenpool ist ein geeignetes Instrument um der Bodenspekulation entgegenzuwirken.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Detmold
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht kann einen Beitrag zur Senkung der Baukosten leisten. Da die Grundstücke auch weiterhin als Besitz in der städtischen Bilanz verbleiben, bietet dieses Modell auch fiskalische Vorteile für die Stadt. Insoweit stehen wir der Vergabe von Erbbaurechten positiv gegenüber. Die mögliche Anwendung ist aber von einer Vielzahl verschiedener Komponenten und Gesichtspunkte abhängig, so dass wir dies als eine Möglichkeit der Veräußerung von Grundstücken unter Anderen sehen.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Detmold
Flächenverbrauch	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Die Frage ob Neubau von Geschosswohnungen oder Einfamilienhäusern ist für uns zweitrangig. Um dem Flächenverbrauch entgegenzuwirken, aber auch um die Städte, vor allem die Zentren und Innenstädte zu stärken, setzen wir in erster Linie auf Bestandsentwicklung im Siedlungsbereich. Dabei ist der Abriss und die Neubebauung insbesondere ehemals gewerblich genutzter Grundstücke nur eine Möglichkeit. Der Umbau und die Umnutzung bestehender und nicht mehr benötigter Verwaltungs- und Gewerbebauten bietet interessante Möglichkeiten für den Wohnungsbau. Hohe Potenziale liegen in der Nutzbarmachung und Modernisierung vorhandener Gebäude in der Innenstadt, die z.T. leer stehen, in die Jahre gekommen sind oder dem Denkmalschutz unterliegen. Dies betrifft auch die Umnutzung ehemaliger Einzelhandelsflächen. Um dies in größerem Umfang zu realisieren sind neben gutem Willen sicherlich auch rechtliche Vorschriften (Bauordnung, Brandschutz, Denkmalschutz) zu überprüfen und zu ändern und auch entsprechende Finanzierungsangebote zu entwickeln. Dabei ist es aus unserer Sicht sowohl möglich, solche Umbauten/Umnutzungen mit dem Ziel der Schaffung von Mietwohnungen als auch im Rahmen der Eigentumsbildung durchzuführen. Dies deckt sich auch mit den Zielen der schwarz-grünen Landesregierung, die in der Wohnraumförderung den Schwerpunkt auf den Mietwohnungsbau legt, aber auch die Eigentumsbildung im Auge hat. Bei der Entwicklung tatsächlicher Neubaugebiete durch die Kommune gilt für uns das Gebot des Flächensparens. Dabei sind neben dem klassischen Geschosswohnungsbau auch andere Formen verdichteter Bauweisen möglich. Es kann nur nicht Aufgabe kommunaler Wohnungspolitik sein, die Ausbreitung von Einfamilienhaussiedlungen zu fördern. Die Nachfrage nach Einfamilienhäusern sollte vorrangig aus dem großen Bestand im Rahmen eines Generationswechsels erfolgen, sofern die Kommune hier Hilfestellungen anbieten kann, würden wir dies gern tun.

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Detmold
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Eine solche Unterstützung basiert auf sozialpolitischen Erwägungen, die in die Zuständigkeit von Bund und Ländern fallen und insoweit von uns nicht beeinflusst werden können. Wir können als kommunaler Eigentümer der Stadtwerke nur daran arbeiten, im jeweiligen Einzelfall Lösungen zu finden, die eine Energiesperre oder Wohnungskündigung vermeiden kann.
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Wir Grünen fordern bundesweit eine kommunale Preisaufsicht für Fernwärme, um steigende Kosten zu kontrollieren und die Verbraucher und Verbraucherinnen vor überhöhten Preisen zu schützen. Für Detmold ist das allerdings nicht so dringlich, da wir hier von relativ günstiger Wärme profitieren. Dringlicher ist es, eine größere Investition in den Ausbau des Fernwärmenetzes voranzutreiben, damit die Wärmewende auch in Detmold gelingt.
Wohnen für ältere Menschen	10	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	S. Nr. 12

Thema	Nr.	Frage	GRÜNE Detmold
Wohnen für junge Menschen	11	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	S. Nr. 12
Wohnen für kinderreiche Familien	12	Kinderreiche Familien gehören zu den »Sorgenkindern« am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben? Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Antwort auf die drei vorstehenden Fragen: Mit den genannten Gruppen junge Menschen, ältere Menschen und kinderreiche Familien haben Sie diejenigen Gruppen angesprochen, die es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer haben. In Detmold kommt hinzu, dass mit dem Ausbau der TH OWL die Nachfrage nach Wohnungen für Studierende ansteigen wird. Wir sind der Meinung, dass mit den vorher beschriebenen Maßnahmen auch Lösungen für diese Personengruppen gefunden werden können. Die gegenwärtige kommunale Haushaltssituation erschwert ein Engagement auf dem Wohnungssektor. Auch wenn es sich beim Erwerb von Grundstücken oder der Errichtung von Wohngebäuden um investive Ausgaben handelt, so verbleiben doch die Zinszahlungen als Belastung im Haushalt. Wie ausgeführt, muss die Kommune nicht unbedingt selbst als Bauträger agieren, bei entsprechender Steuerung ist eine Weiterveräußerung oder andersartige Kooperation mit privaten Partnern denkbar, die die Ausgaben für Grundstücke und ggfls. Gebäude in einer Art „revolvierender Fonds“ in den städtischen Haushalt zurückführt.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Detmold
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Dort, wo wir Vertreter im Rat haben, werden wir das Thema gezielt auf die Tagesordnungen bringen und entsprechende Anträge stellen. Auf Landesebene wollen wir uns für die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe in NRW einsetzen. Wir unterstützen die Umsetzung des Wohnraumstärkungsgesetz in NRW, das Gemeinden zur Wohnungsaufsicht verpflichtet und rechtliche Schritte bei Verstößen regelt. 2022 haben wir zum Beispiel die Gemeinde Augustdorf aufgefordert, sofort einzuschreiten: dort mussten in Ersatzvornahme die ausstehenden Energiekosten der ‚white green property gmbh‘ (vormals Belvona) übernommen werden, um den Mieter die Energieversorgung zu sichern. Bei einer Ersatzvornahme werden die Kosten in das Grundbuch eingetragen und gelten damit als Schulden der Immobilienverwalter bei der Gemeinde. So kann in der Folge Wohnraum unter die Zwangsverwaltung von Gemeinden gestellt werden. Voraussetzung ist im Übrigen, dass Eigentümerverhältnisse für jeden Mieter klar ersichtlich sein müssen.. Link zum Gesetz: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&gld_nr=2&ugl_nr=237&bes_id=46087&aufgehoben=N&menu=1&sg=0
Baugesetzbuch – Milieuschuttsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschuttsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Eindeutig: Ja!

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Detmold
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Wir unterstützen den Sozialen Wohnungsbau in kommunaler Hand und wollen sowohl den Bau neuer Wohnungen fördern, als auch den Erwerb vorhandener Liegenschaften durch die öffentliche Hand. Über Bebauungspläne oder Verträge mit Investoren können z. B. Quoten von 30% oder mehr für den sozialen Wohnungsbau festgelegt werden. Das Land sollte ein Vorkaufsrecht haben und über die Stärkung von Förderinstrumenten Anreize für den Bau von sog Sozialwohnungen schaffen.
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Unbedingt. Gerade kleinere Wohnungsgenossenschaften benötigen nicht nur günstige Grundstücke, sondern auch Unterstützung durch das Know-how der Öffentlichen Hand. Hier gibt es viele Ansatzmöglichkeiten, wie z. B. langfristige Nutzungsrechte statt Verkauf von Grundstücken (Erbbaurecht), zinsgünstige Darlehen oder Bürgschaften für die Genossenschaften, bevorzugte Berücksichtigung in B-Plan-Verfahren, um die Planungszeit zu verkürzen. Mithilfe eines Lotsensystems sollten gerade kleine Genossenschaften im Dschungel der Fördermittelprogramme Unterstützung erfahren.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Detmold
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Wie bereits erwähnt sollten Kommunen verstärkt die Möglichkeiten des Vorkaufsrechts aus Baugrund nutzen. Vor der Erweiterung von Bauland- und damit weiterer Versiegelung von Grund- oder Grünflächen, sollte die Nachverdichtung stehen. Als Sitz der Technischen Hochschule für Architektur hat Lippe beste Voraussetzungen, z.B. über Wettbewerbsverfahren, kreative Entwürfe zum Thema Nahverdichtung abzurufen. In Lippe sollen speziell die zum Teil immer noch ungenutzten Wohngebiete der ehemaligen Britensiedlungen, die sich in der Hand der BIMA befinden, durch die Kommunen erworben und modernisiert werden. Auch hier präferieren wir neben kommunalen Wohnungsgesellschaften den genossenschaftlichen Wohnungsbau.
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Wo immer das möglich ist, soll das Erbbaurecht Anwendung finden. Durch ein langfristiges Nutzungsrecht (99 Jahre) können insbesondere Genossenschaften zu moderaten Konditionen planen. Damit wird Bauland Spekulationen entzogen und Mieten können dauerhafter und stabiler bleiben. Grund und Boden soll als Bestandteil der gemeinschaftlichen Grundversorgung möglichst in öffentlicher Hand verbleiben.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Detmold
Flächenverbrauch	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Wir bevorzugen eindeutig den Bau von Mehrfamilienhäusern mit modernen Energie- und Ausstattungsstandards.
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Der in Frage 1 beschriebene Fall zeigt auf, wieso ein gesetzliches Verbot von Strom-, Gas- und Wassersperren dringend nötig ist. Da dies auf kommunaler Ebene nicht umzusetzen ist, werden wir einen solchen Gesetzesentwurf auf die Tagesordnung beim nächsten NRW-Landtag setzen. In Detmold gibt es einen eigenen Etat, der Menschen, die sich in einer akuten Notlage befinden, unbürokratisch und schnell mit einer entsprechenden Summe unterstützt. Ein solches Notbudget fordern wir für den Haushalt aller lip-pischen Kommunen. Wir unterstützen die Energieberatungen in Lip-pe, die Haushalte über energetische Sparpoten-ziale informiert und bei der Umsetzung unterstützt. Energieerzeugung und die Netze sollen aus wirtschaft-lichen, ökologischen und sozialen Gründen in kommu-naler Hand bleiben oder dahin zurückgeführt werden, (Rekommunalisierung) Damit bleiben Gewinne vor Ort, Preise werden stabil gehalten und lokale Projekte könnten schneller umgesetzt werden. Die BürgerInnen profitieren von größerer Transparenz und einem demokratischen Mit-spracherecht.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Detmold
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Grundsätzlich befürworten wir eine solche Preisaufsicht. Auch hier gilt, dass eine Fernwärme-Versorgung durch die Stadtwerke am besten eine demokratisch kontrollierte Preisgestaltung ermöglicht, wenn sie zu 100 % in kommunaler Hand sind. In der Energiekrise 2022/2023 konnten kommunale Versorger schneller reagieren, während private wirtschaftliche Anbieter erste Verträge kündigen mussten. Kommunale Unternehmen können Bürgerstromtarife, Energiegenossenschaften oder direkte Investitionsmöglichkeiten anbieten (z. B. bei Solarenergie).

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Detmold
Wohnen für ältere Menschen	10	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Wir brauchen mehr barrierefreie Wohnungen mit flexibleren Grundrisslösungen: auch hier gilt, dass ein festgelegter Prozentsatz die Herstellungskosten senkt. Kreative Wohnraumkonzepte müssen veränderten Lebenssituationen Rechnung tragen. Zwischen »allein« und »Pflegeheim« gibt es zahlreiche, bewährte Modelle wie: Wohnen für Alt und Jung; Wohnen gegen Hilfe, Senioren-WGs, betreutes Wohnen mit angeschlossenem Pflegestützpunkt, etc.
	11	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Dies betrifft dezentrale Angebote für Menschen mit Behinderung, ganz egal, ob alt oder jung. Das strukturelle Haushaltsdefizit der Kommunen, welches in den nächsten Jahren absehbar zunehmen wird, wird die Wohnsituation verschlimmern, wenn nicht entschieden entgegengewirkt wird. Dazu muss z. B. die bereits erwähnte BIMA die Bedingungen für den kommunalen Erwerb von Wohnraum drastisch an diese Gegebenheiten anpasst. Die Kommunen können mit Wohnungsgenossenschaften Kooperationen eingehen, um eine Mietpreisbindung dauerhaft sicherzustellen. Die Belegungsrechte von Wohnungen müssen politisch abgesichert werden. Landes- und Bundesmittel können mit kommunalen Zuschüssen kombiniert werden, um höchstmögliche Effizienz zu erreichen. Und flexible Wohnraumkonzepte wirken Umzugsnomaden und damit Spekulationen und ständigen Mietpreiserhöhungen entgegen.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Detmold
Wohnen für junge Menschen	12	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Die Wohnsituation junger Menschen muss ebenfalls in die kommunale Wohnungsplanung mit einbezogen werden. Es gilt, nicht nur Studierendenwohnheime neu zu bauen, sondern auch entsprechende Wohnmöglichkeiten für Azubis bereitzustellen. Dazu gehören auch geeignete Wohnungen für junge WGs und wie oben erwähnt, eine Förderung von Wohnformen wie ‚Wohnen Alt und Jun‘ und ‚Wohnen gegen Hilfe‘.
	13	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Flexible Grundrisslösungen und ein größerer Anteil an barrierefreier Grundausstattung, machen die Ausrüstung selbst nicht nur preiswerter, sondern ermöglichen auch kreative Lebenskonzepte. Davon könnten auch Vermieter profitieren. Gerade Studenten und Azubis sehen sich oft Bedingungen ausgesetzt, die durch das Wohnraumstärkungsgesetz minimiert werden können. Im Übrigen gelten alle vorgenannten Maßnahmen.

Thema	Nr.	Frage	Die LINKE Detmold
Wohnen für kinderreiche Familien	14	Kinderreiche Familien gehören zu den "Sorgenkindern" am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Viel zu viele große Wohnungen und Häuser werden von alleinstehenden alten oder reichen Menschen bewohnt, während vor allem auch junge Familien verzweifelt nach geeignetem Wohnraum suchen. Sogar für gut und doppelt verdienende Familien ist es derzeit kaum möglich, etwas Passendes anzumieten oder gar zu kaufen.
	15	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	Neben alternativen Wohnkonzepten (wie oben aufgeführt) muss jede Zweckentfremdung von Wohnraum (z. B. als Ferienwohnung oder Büros) unterbunden werden. Kommunale Studien müssen mit Analyseergebnissen zu einer praxisgerechten Verteilung führen. Leerstand muss nach einer Frist von z. B. 6 Monaten wieder zur Wohnnutzung zur Verfügung gestellt werden. Kurzzeitvermietungen müssen meldepflichtig werden, um einen gewissen Überblick und eine Kontrolle über den Wohnungsmarkt zu erhalten. Weil alternative Wohnraumkonzepte allein keine Hilfe für kinderreiche Familien sind, muss auch der Neubau von Sozialwohnungen gefördert werden. Viele dieser Wohnungen, die in den 70er Jahren gebaut wurden, fallen in den nächsten Jahren aus der Sozialbindung. Um diese Entwicklung zu stoppen, sind einmal mehr die gesetzgebenden Gremien gefordert, im Bund, aber auch im Land.

Fragenkatalog zur Kommunalwahl 2025

Fragenkatalog zur Kommunalwahl 2025

Thema	Nr.	Frage	Die PARTEI Detmold
Wohnungsaufsicht stärken	1	Wie wollen Sie erreichen, dass das Bauamt bzw. das Wohnungsamt das Instrument der Wohnungsaufsicht besser nutzt und so zum Beispiel Hinweisen auf Verwahrlosung von Wohnsiedlungen nachgeht, diese systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen ergreift?	Wir brauchen Ratten mit Apple Airtag oder anderen Trackern. Wo viele Ratten sind, gibt es Verwahrlosung oder Rattenfänger. Apropos Rattenfänger: auch eine hohe AfD-Stimmquote kann ein Indikator für Verwahrlosung sein, allerdings politischer Natur.
Baugesetzbuch – Milieuschutzsatzung	2	Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gemeinden in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) wieder Vorkaufsrechte ausüben können?	Ja. Wenn nicht per Gesetz, dann mit der Pumpgun.
Offensive für Erhalt und Bau von Sozialwohnungen	3	Welche Ziele haben Sie sich beim Erhalt und Bau von Sozialwohnungen gesetzt und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Ziele erreichen?	Wir bauen immer eine Wohnung mehr als wir Sozialhilfeempfänger:innen haben. Gebaut durch FDPler, die haben genug Zeit.
Kommunalen und Genossenschaftlichen Wohnungssektor stärken	4	Sind Sie bereit den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungssektor durch vergünstigte Bereitstellung öffentlicher Grundstücke für Wohnungsbauvorhaben und Investitionszulagen zu fördern?	Das klingt nach Verstaatlichung und Kommunismus und das kann nicht schlecht sein, daher ja!
Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern	5	Auf welche Weise wollen Sie Bauland mobilisieren und Bodenspekulation verhindern?	Bauland auf Radern, dann wissen die Spekulant:innen nie wo sich das Bauland befindet.
Kommunale Bodenpolitik	6	Befürworten und unterstützen Sie ein Konzeptvergabeverfahren, das nicht mit einem Verkauf der Fläche einhergeht, sondern in der Regel über das Instrument des Erbbaus erfolgt und damit einen kommunalen Bodenfonds schafft?	Erben soll unter Strafe stehen, niemand der nie etwas geleistet hat soll einfach was bekommen. Außer Politiker natürlich.

Thema	Nr.	Frage	Die PARTEI Detmold
Flächenverbrauch	7	Die Flächen in den Städten sind begrenzt. Planen Sie bei der Förderung, Bereitstellung von günstigen Grundstücken und bei der Stadtentwicklung vorrangig modernen Geschosswohnungsbau zu ermöglichen oder werden Sie den Bau von Mietwohnungen und Einfamilienhäusern gleichrangig behandeln.	Wir werden den größtenteils unbesiedelten Nachbarkreis Höxter annektieren. Durch diese notwendige Osterweiterung lippischen Gebiets wird es genug Bauland für alles und jeden geben.
Energiearmut von Mieterhaushalten	8	Welche Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen und Mieter, die von Energiearmut betroffen sind, zu unterstützen?	Wir sehen Windkraftanlagen als bisher ungenutzten Wohnraum. Und von beidem brauchen wir mehr. Daher lassen wir Wohnungen in Windrädern bauen, dann produziert man Energie direkt in und mit seiner Wohnung. Und die Aussicht erst!
Fernwärme verbraucherfreundlich regulieren	9	Die Versorger mit Fernwärme sind in ihrem jeweiligen Versorgungsgebiet marktbeherrschend. Wie stehen Sie zu der Forderung, eine kommunale Preisaufsicht der Energieversorger zu etablieren, um eine Kontrolle der Preise und ihrer Zusammensetzung in der Fernwärme zu ermöglichen?	Wir halten es damit, wie €DU und AFDP: Niemand sollte hungern, ohne zu frieren.
Wohnen für ältere Menschen	10	Wie schätzen Sie die Versorgung älterer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Zwangs-WGs mit jungen Menschen, dann lernen die alten Leute direkt die Jungensprache, Flex 5000 Aura Digga!
	11	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	

Thema	Nr.	Frage	Die PARTEI Detmold
Wohnen für junge Menschen	12	Wie schätzen Sie die Versorgung junger Menschen, insbesondere von Auszubildenden und Studenten auf dem Wohnungsmarkt ein und welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Zwangs-WG's mit alten Menschen, denn nur die wissen, wie man so richtig gut Pfandflaschen sammelt und Pfand kann man ja immer gebrauchen.
	13	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	
Wohnen für kinderreiche Familien	14	Kinderreiche Familien gehören zu den "Sorgenkindern" am Wohnungsmarkt. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für diese Gruppe zu beheben?	Wir fordern für jedes Kind einen Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie, denn nichts baut so schöne Patronen wie Kinderhande. In dem Punkt erwarten wir größte Unterstützung von anderen Parteien, we're looking at you, Grüne! Inbegriffen mit der Arbeit wäre natürlich eine Betriebswohnung.
	15	Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung der Stand und die Entwicklung von Wohnungsangeboten im Hinblick auf die kommunale Haushaltssituation dar?	